Anzeigenpreise:
Die achtgespaltene Zeile 40 ₰
Inserate für auswärts . 50 ₰
Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen . 20 ₰
Die 3-gesp. Reklamezeile 150 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unsern Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen, monatlich 2,00 ℳ
vierteljährlich 6,00 ℳ
Durch d. Postbez. außerd. Zustellgebühr, monatl. 30 ₰
Einzelnummern . . . . 15 ₰
Postscheckkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion: Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition: Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 268 | **Montag, den 17. November 1919** | **10. Jahrgang**

Der Aufmarsch der Gegenrevolution.

Reaktionäre Demonstrationen in und vor dem Reichstag.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der deutschen Republik heute von rechts mehr Gefahren drohen als von links. Die Kommunisten locken mit ihren ewigen Generalstreiks-Parolen keine Massen mehr heraus, das haben die Ereignisse der letzten Wochen bewiesen. Dafür aber hebt um so frecher die Reaktion ihr Haupt. Die führenden Männer der Deutschnationalen erklären zwar mit der Miene eines Biedermanns, daß sie an keine gegenrevolutionären Putsche denken. Die Ereignisse der letzten Tage im Untersuchungsausschuß und die Demonstrationen der deutschnationalen Stunden und Schüler vor dem Reichstagsgebäude zeigen aber klipp und klar, wie sehr den Reaktionären der Kamm geschwollen ist.

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß kam es am Freitag zu einem Zusammenstoß zwischen dem Genossen David und dem früheren Vizekanzler Helfferich. Die Verhandlungen im Untersuchungsausschuß hatten sich in der letzten Zeit sehr in die Länge gezogen. Die Männer der früheren Regierung hatten in ausführlichen Reden zu beweisen versucht, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg uns den Sieg gebracht hätte, wenn unserer Kriegsleitung nicht von anderer Seite in den Rücken gefallen wäre. Am Freitag versuchte Helfferich dasselbe Manöver. Nach seiner Meinung hat der Reichstag mit seiner Friedensresolution den Erfolg des U-Boot-Krieges verhindert. Genosse David hat in einer Versammlung kürzlich erklärt, daß der Reichstag in der Frage des U-Boot-Krieges hinters Licht geführt sei und daß man an Wilson einen plumpen Betrug versucht habe. Helfferich erwies sich auch hier wieder als der Mann, der weniger mit sachlichen Gründen als mit persönlichen Schimpfereien operiert. In Bezug auf die Person des Genossen David sprach er von **„so einem deutschen Reichsminister“.**

In der Sonnabend-Sitzung setzten sich die Zusammenstöße zwischen Helfferich und dem Untersuchungs-Ausschuß fort. Helfferich verbreitete sich zuerst ausführlich über seine veränderte Stellungnahme zum U-Boot-Krieg.

Zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte führte im weiteren Verlaufe der Sitzung die Weigerung von Dr. Helfferich, eine Frage des Beisitzers Dr. Cohn direkt zu beantworten mit dem Hinzufügen, daß er, vor einem Gerichtshof stehend, nach der Strafprozeßordnung das Recht haben würde, Dr. Cohn als Richter abzulehnen.

Nach 1½ stündiger Beratung verkündete Vorsitzender Warmuth folgenden Beschluß: Der Ausschuß hat mit dem Stimmenverhältnis 4 gegen 2 und der Stimmenthaltung des Abgeordneten Dr. Cohn folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß ist kein Gerichtshof. Seine Verhandlungen sind auch kein Vorverfahren für den Staatsgerichtshof. Er hat kein Urteil zu fällen. Die Ablehnung eines Beisitzers aus persönlichen Gründen ist unzulässig, ebenso die Nichtbeantwortung der von einem einzelnen Mitglied gestellten Fragen. Eine Ablehnung der Beantwortung von Fragen steht einem Zeugen nur aus Gründen der Strafprozeßordnung zu.

Auf die Frage des Vorsitzenden an Dr. Helfferich, ob er jetzt bereit sei, die Frage von Dr. Cohn zu beantworten, erklärt Helfferich unter Bewegung und Beifall im Zuhörerraum und bei der Presse, daß der Beschluß an den für ihn maßgebenden Gründen nichts geändert habe und nach wie vor nicht bereit sei, die Frage von Dr. Cohn zu beantworten.

Für diesen Fall ist mit gleichem Stimmenverhältnis von 4 gegen 2 bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Dr. Cohn folgender Beschluß des Ausschusses ergangen, den der Vorsitzende nunmehr verliest: Der Zeuge Dr. Helfferich wird, da er sein Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigert hat, entsprechend § 69 der Strafprozeßordnung zu die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe von 300 Mk. verurteilt. Persönlich bemerkte der Vorsitzende noch, daß der Strafbeschluß an sich nicht seiner Auffassung über die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung auf diesen Ausschuß entspräche. Für ihn sei die Ablehnung seiner Stellungnahme durch die Ausschußmehrheit so bedeutend und so wichtig, daß er den Vorsitz des Ausschusses niederlege. (Lebhafter Beifall bei einem Teil der Pressevertreter und im Zuhörerraum.)

Warmuth übergibt hierauf der Vorsitz an den stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneten Gothein, der nachträglich entschieden rügt, daß hier von Vertretern der Presse Beifallskundgebungen geäußert wurden. Im Wiederholungsfalle würde er diesen Herren die Karten entziehen.

Der Hindenburg-Skandal.

Bereits am Sonnabend berichteten wir kurz über die Hindenburg-Demonstration vor dem Reichstage. Es handelte sich dabei nicht nur um eine nationale Huldigung für Hindenburg, wie es einige hiesige bürgerliche Zeitungen hinzustellen belieben. Die ganze Sache war vielmehr eine groß angelegte Demonstration gegen die Republik und für das Kaisertum. Wir geben nachfolgend einen Bericht des „Vorwärts“ über die Demonstration wieder:

Morgens gegen 9 Uhr sammelten sich vor der Berliner Universität etwa 3000 bis 4000 deutschnationale Studenten mit schwarz-weiß-roten Bannern, zum Teil auch mit ihren Korporationsfahnen geschmückt. Am großen Stern sammelten sich die Studenten und die besonders aus Steglitz sehr zahlreich erschienenen Schüler und Schülerinnen. Kurz vor 10 Uhr hatte sich dort eine Menge von etwa 8000 bis 10 000 Personen eingefunden, in deren Mitte man zahlreiche schwarz-weiß-rote Banner erblickte. Um 10 Uhr kam das Auto des Generalfeldmarschalls, der mit seinem Sohn, dem Hauptmann v. Hindenburg, im Wagen saß, durch die Hofjägerallee heran, um durch die Spreeallee zum Reichstag zu fahren. Die Menge versperrte jedoch die Straße und trotz aller Warnungssignale des Chauffeurs wurde der Kraftwagen in wenigen Augenblicken von einer ungeheuren Menschenmenge eingeschlossen und angehalten. Brausende Hochrufe auf Hindenburg ertönten, und immer wieder erscholl der Ruf: „Hoch Hindenburg und Ludendorff!“, **„Nieder mit der Revolution!“** und **„Nieder mit der Judenregierung!“** Hindenburg beugte sich aus dem Wagen, **dankte für den freundlichen Empfang** und bat, die Straße frei zu geben, da er in den Untersuchungsausschuß fahren müsse. In diesem Augenblick schwang sich ein Student auf das Trittbrett und rief:

„Straße versperren, wir lassen Hindenburg nicht von dem Untersuchungsausschuß ausfragen.“

Hindenburg protestierte, wie man deutlich erkennen konnte, vermochte sich jedoch in dem riesenhaften Lärm, welcher dieser Aufforderung folgte, kein Gehör zu verschaffen. Sofort schwenkten etwa 800 bis 1000 Personen quer durch den Tiergarten nach dem Reichstag ab und nahmen dort Aufstellung. Inzwischen umlagerte die Menge noch immer den Kraftwagen des Generalfeldmarschalls, und obwohl Hindenburg und der Chauffeur auf die Menge einzureden versuchten, vermochte sich das Auto nur schrittweise vorzuschieben. Unter dem Gesange der Lieder „Deutschland, Deutschland über alles“ und die „Wacht am Rhein“ ging der Zug nach den Zelten. Vor dem früheren „Kaiser-Wilhelms-Zelt“, dem jetzigen „Wilhelms-Zelt“ wurde der Kraftwagen wieder angehalten. Ein Student deutete auf das Schild „Wilhelms-Zelt“, dessen ursprünglicher Name „Kaiser-Wilhelms-Zelt“ verdeckt war, und rief: „Brüder, eine solche Schmach lassen wir als Deutsche nicht gelten.“

„Für uns gibt es noch immer nur das Kaiserreich.

Wir wollen nicht dulden, daß der Name unseres glorreichen Kaisers hier verschandelt wird.“

Darauf sprangen mehrere junge Leute auf den Zaun und entfernte die Umhüllung. Sodann wurden an mehreren Stellen Ansprachen gehalten, in denen die Regierung nicht sehr glimpflich davonkam, und der Untersuchungsausschuß und die Judenregierung wurden immer wieder niedergeschrien. Plötzlich brachte jemand

ein Hoch auf das Kaiserreich

aus, in das die Menge stürmisch einstimmte. Inzwischen war es dem Chauffeur gelungen, das Auto wieder in Gang zu bringen, und in voller Fahrt fuhr der Wagen nach dem Reichstagsgebäude.

Vor dem Reichstage hatten inzwischen rund 1000 Personen, welche im Tiergarten abgeschwenkt waren, Aufstellung genommen und erwarteten die Ankunft des Generalfeldmarschalls. Man bemerkte auch hier zahlreiche Fahnen und die Studenten sowie die Schüler befanden sich sichtlich in Erregung. Plötzlich sprang ein Student auf ein Automobil, das vor dem Reichstag hielt, und hielt eine Rede. Er betonte, **daß man um keinen Preis Deutschlands größten Feldherrn wie einen „dummen Jungen“ vor dem Ausschuß verhören lassen dürfe.** Er forderte die Umstehenden auf, alles zu tun, um zu verhindern, daß Hindenburg den Ausschuß betrete. Er schloß ebenfalls mit einem Hoch auf das Kaiserreich und Kaiser Wilhelm II. Die Menge stimmte jubelnd ein und sang: „Ich hab' mich ergeben mit Herz und Hand“, „Heil Dir im Siegerkranz“ und andere „vaterländische“ Lieder. In diesem Augenblick kam der Kraftwagen Hindenburgs heran. Die Menge umdrängte das Auto und rief:

„Nicht hineingehen!“

Hindenburg blieb schließlich nichts übrig, als dem Chauffeur den Auftrag zu geben, abzubiegen. Der Generalfeldmarschall lehnte sich aus dem Fenster und rief der Menge zu: „Ich danke Ihnen für Ihre Huldigung, aber jetzt muß ich nach Hause, ich habe zu arbeiten.“

Während der Kraftwagen sich entfernte, zerstreute sich die Menge.

Die Vorgänge haben in der ganzen Oeffentlichkeit einen lebhaften Widerhall gefunden. In der preußischen Landesversammlung hat bereits Ministerpräsident Genosse Hirsch ausführlich diese reaktionären Machenschaften besprochen. Er hat auch den einzigen Weg gewiesen, den die Arbeiterschaft betreten muß, wenn sie wirklich erfolgreich dem reaktionären Ansturm widerstehen will. Die kommunistischen Gewaltmethoden machen immer weiteren Kreisen des Volkes die demokratische Republik unbeliebt. Es gibt eben noch sehr viele politisch Unaufgeklärte, die auch heute noch nicht den scharfen Trennungsstrich zwischen der Sozialdemokratie und dem Bolschewismus sehen. Wollen wir deshalb die Gegenrevolution nicht schon in ihren kleinsten Anfängen aufkommen lassen, so darf es für das Proletariat nur noch die eine Parole geben: **Wiedervereinigung der Sozialdemokratie!** Mögen die Ereignisse der letzten Tage für die Sozialdemokraten in beiden Lagern ein warnendes und mahnendes Beispiel gewesen sein.

Die Schuld der Entente.

Im „Vorwärts“ wird geschrieben: Die unverständliche Taktik der [illegible] monarchistischen Reaktion [illegible] Deutschland [illegible] führt. Die Vorgänge der letzten Tage haben den Einigungsbestrebungen in der Sozialdemokratie einen starken Antrieb gegeben.

Wann tritt der Frieden in Kraft?

Amsterdam, 16. Nov. „Allgemeen Handelsblad“ zufolge teilt Lloyd George in den „Parliamentary Papers“ mit, man hoffe, daß der Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrages mit Deutschland vor Ende dieses Monats vor sich gehen werde.

Noch immer Erschwerung der Ostseeschiffahrt.

Die Ostseeschiffahrt, die von der Freigabe der Fahrten gegen sofortige Geleitscheine eine Erleichterung erhofft hatte, ist, wie der „Voss. Ztg.“ aus Stettin berichtet wird, empfindlich getäuscht worden. Die Bewilligung der Geleitscheine dauert acht Tage bis drei Wochen, für Stückgut und Lebensmittel seien Scheine leichter zu haben, für Erzfrachten dagegen überhaupt nicht.

Dabei würde bei den Bewilligungen auch noch allerhand Schikane ausgeübt, die das ganze Geleitscheinsystem zu einer Komödie mache. Den Reedern werde von einer Ablehnung überhaupt keine Mitteilung gemacht, so daß sie nicht disponieren könnten.

Für die Heimlassung unserer Kriegsgefangenen.

Berlin, 16. Nov. (W. T. B.) In zehn großen Versammlungen vereinigte sich heute die Bevölkerung Groß-Berlins, um nochmals nachdrücklichsten Protest zu erheben gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen in Frankreich, obwohl schon 12 Monate seit Abschluß des Waffenstillstandes vergangen sind. Aus der großen Rednerliste seien nur genannt Professor Schücking, die Abgeordneten Wels, Laverrenz und Dr. Hugo, Schauspieler Moissi, Rittmeister Freiherr v. Lersner und Domprediger Döhring. Von den Versammlungen wurden zwei Entschließungen angenommen. In der ersten Entschließung, die durch Funkspruch an die Völker der Erde verbreitet werden soll, wird gesagt, daß [illegible] seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe. 12 Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes warteten die deutschen Gefangenen in Frankreich vergebens auf die Bekanntgabe des Datums ihres Rücktransportes. Ein neuer Winter bringe den Gefangenen und deren Angehörigen den seelischen und körperlichen Zusammenbruch und Tod. Das deutsche Volk fordere die gesamte Menschheit auf, sich zu vereinigen zu dem Ruf: „Sofortige Heimsendung aller Gefangenen dieses Krieges!“ Eine zweite Entschließung verlangt ein energisches Vorgehen der Nationalversammlung für die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 15. November.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Der Gesetzentwurf über die Veranlagung und Verwaltung der preußischen Steuern wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Die zweite Beratung des Haushalts wird beim Haushalt der preußischen Regierung fortgesetzt.

Ministerpräsident Hirsch:

Zunächst ein kurzes Wort über die skandalösen Vorgänge in den letzten Tagen. Wohin soll es führen, wenn Schüler und unreife Burschen es auf der Straße mit Gewalt verhindern, daß Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheint. Ein Mann wie Hindenburg, dessen großes Feldherrentalent auch durch unsere Niederlage nicht verkleinert wird und dem das Volk unauslöschlichen Dank bewahrt, bedarf solcher Huldigungen nicht. Wohin soll es kommen, wenn Lehrer die Schüler auffordern, sich an Demonstrationen solcher Art zu beteiligen? Hier handelt es sich nicht um Ovationen für Hindenburg, sondern um Demonstrationen gegen die Demokratie, gegen die Regierung, gegen die Republik, für die Wiederherstellung der Monarchie. (Sehr richtig! links.) Die Demonstrationen gingen nicht nur von unreifen Burschen aus, sondern es traurig, daß sogenannte gebildete Kreise, die der Arbeiterklasse mit gutem Beispiel vorangehen sollten, die führende Rolle dabei spielten. Die Regierung wird in Zukunft ähnliche Vorgänge verhindern. Die Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen werden. In dasselbe Gebiet gehört auch die gestern abend erfolgte Sprengung einer Versammlung der Deutschen Liga für den Völkerbund durch die deutschnationale Partei. Selbstverständlich wird die Regierung alles tun, um ähnliche Vorgänge für die Zukunft zu verhindern. Entsprechende Maßnahmen sind bereits getroffen. Wir werden den Beweis erbringen, daß wir in einem Rechtsstaat leben. Durch das Sturmlaufen von rechts und links wird die Arbeit der Regierung stark erschwert. Der Versuch der äußersten Rechten, durch emsige Wühlarbeit einen Umsturz in ihrem Sinne zu erreichen, — wir beachten sie aufmerksam — ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wer uns die Mitarbeit verweigert, hat auch kein Recht zur Kritik, wenn seiner Meinung nach falsche Mittel angewendet werden. Die Politik der Deutschnationalen ist im höchsten Grade schädlich, [illegible] und volksfeindlich. Die antisemitische Hetze hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihr gegenüber keine Regierung, gleichviel wie innerlich sie zur Judenfrage steht, [illegible] bleiben darf. Wir [illegible] den Minister und auch die andern Mitglieder der Regierung werden das wirtschaftliche Streikrecht der Arbeiter nicht antasten lassen; ebenso entschieden wird die Regierung aber auch gegen die Streikpropaganda ankämpfen, die jeden Funken einer Lohnstreitigkeit zu hellen Flammen entfacht und wirtschaftliche Dinge ins politische Fahrwasser leitet. Wir werden unser Land davor bewahren, ein Tollhaus nach russischem Muster zu werden. Seit Monaten [illegible] die Niederlage des Revolutionsstaates das Signal [illegible] des großen politischen Kampfes hin, der das [illegible] in die Hand der Kommunisten und des ihnen nahestehenden Flügels der Unabhängigen bringen sollte. Die Regierung hat sich entschlossen, mit allen Machtmitteln einen politischen Streik zu ersticken. Schuld an der [illegible] Volkskrankheit dieser Tage ist das alte System, das die Menschen in den Krieg hetzte. Wir müssen wieder zu einer

Einheitsfront der Arbeiterschaft

kommen. [illegible] alle besonnenen Elemente des Volkes sich [illegible] und Schulter an Schulter mit der Regierung kämpfen für die Zukunft des Vaterlandes. Das ist die [illegible] dem das Wohl des Vaterlandes [illegible] Kinder und Kindeskinder am [illegible] bei der Mehrheit.)

[illegible]

Verwirrung im demokratischen Lager.

[illegible]

tion ihre Landtagsmandate niederlegten, ohne daß jedoch darüber die Partei zu einer inneren Klärung gekommen wäre. Rechtsanwalt Beneden aus Konstanz, ein alter bürgerlicher Demokrat mit dessen 48er Traditionen, begründete seinen Schritt mit Berufsüberbürdung. Tatsächlich tat er ihn jedoch aus Verdrossenheit über die wenig demokratische Politik seiner Partei. Ihm folgten die ehemaligen nationalliberalen Herren Göhring-Freiburg und König-Mannheim, der bisherige Fraktionsvorsitzende. Beide weigerten sich die Politik ihrer Fraktion mitzumachen, die in der sommerlichen Steuervorlage und der letztwöchigen Beschaffungsvorlage von 38 Millionen Mark für die Beamten mit den Regierungsparteien stimmte. Diese beiden Demokraten erhielten Zuzug durch Rechtsanwalt Muser-Offenburg, einem alten demokratischen Politiker, der sich jetzt in seinen alten Tagen in bedauerlicher manchesterlich-doktrinärer Weise in die Gemeinschaft rechtsliberaler Elemente verirrt.

Für die „Zerfahrenheit" der bürgerlichen Demokratie Deutschlands sind diese Vorgänge im badischen Musterländle sprechende Beweise.

Syndikalisten und Kommunisten.

Wie die Hamburger „Kommunistische Arbeiterzeitung" meldet, haben die Separatisten, die sich mit den Leitsätzen der kommunistischen Zentrale auf der letzten kommunistischen Reichskonferenz nicht einverstanden erklärten und sich deshalb von der K. P. D. abtrennten, bereits starken Zuzug erhalten aus zahlreichen größeren Orten, so aus Frankfurt a. M., Hanau, Essen a. d. Ruhr, Braunschweig, Quedlinburg, Dresden, Stettin, Hannover und Celle. Wie das obenerwähnte Blatt ferner behauptet, stehen die kommunistischen Organisationen Berlins ebenfalls geschlossen zur Hamburger Opposition. Auch die Bremer Kommunisten haben erklärt, daß die Beschlüsse der „Rumpfkonferenz" der K.P.D. für sie unmaßgeblich seien.

Die weitere Zersetzung der allein „echten Revolutionäre" geht also mit Riesenschritten weiter.

Der Plan zur Verteilung unserer Handelsschiffe.

Ueber die geplante Verteilung der deutschen Handelsflotte weiß der „Manchester Guardian" mitzuteilen: Belgien solle 32 Schiffe erhalten, darunter die „Main" (10 000 To.) des Norddeutschen Lloyd, die von Neuyork nach Australien fuhr. 37 Schiffe alle über 5000 To., erhält Frankreich, darunter den „Columbus" mit 33 050 To., der auf der hiesigen Schichauwerft gebaut wurde, „Tirpitz" mit 15 000 To., „Preforia" mit 13 500 To. und „Bataric" mit 11 000 To. Die beiden letzten von der Hapag. Amerika dürfte die 600 000 To., die es beschlagnahmt hat, im großen und ganzen behalten, darunter „George Washington", „Kronprinzessin Cäcilie", „Kaiser Wilhelm II.", „Kronprinz Wilhelm" und „Vaterland". Die Engländer erhalten unter anderem den „Imperator", „Kaiserin Auguste Viktoria" und 6 weitere Schiffe von mehr als je 10 000 To. und eine große Anzahl von Schiffen von über 5000 Tonnen.

Brutalste Grausamkeit.

Langsam dringt die Wahrheit über die unendlichen Grausamkeiten, die während des langen Krieges von Vorgesetzten an Untergebenen verübt worden sind, an den Tag. Einen solchen Fall, der an brutaler Grausamkeit alles überschreitet, was bisher zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangt ist, veröffentlicht Dr. Feder im „Berliner Tageblatt":

Es handelt sich um einen jungen Kaufmann Helmhake, der sich im Oktober 1914, noch nicht zwanzigjährig, als Kriegsfreiwilliger meldete. „Er wurde eingestellt, tat mit Lust und Liebe und peinlicher Gewissenhaftigkeit seinen Dienst und kam im Februar 1915 ins Feld. Ein Brief von der [illegible] vom 1. März war die letzte Nachricht, die die Eltern von ihm erhielten. Nach [illegible] Anfragen erst bekam der Vater schließlich vom Kompanieführer die Auskunft, daß sein Sohn an blutiger Dünndarmruhr verstorben sei; ihm sei die „beste körperliche und ärztliche Pflege" zuteil geworden. Die Kompanie betrauere in ihm einen „tüchtigen Soldaten und guten Kameraden".

[illegible] einem Kameraden des Verstorbenen [illegible] der Vater indes, daß es mit dem Tode des Sohnes eine andere Bewandtnis haben müsse. Was war [illegible]? Während des Krieges konnten keine Feststellungen gemacht werden. Erst vier Jahre später gelang es dem Vater durch Befragung einer Anzahl überlebender Kameraden eingehende Ermittlungen anzustellen, die zu [illegible] Helmhake, so [illegible] die Anklage, die der Vater auf Grund dieser Ermittlungen erhebt, ist einem Verbrechen seines Kompanieführers zum Opfer gefallen.

[illegible] war Helmhake mit einem Kameraden [illegible] worden. Sie verirrten sich auf dem Rückweg und blieben die Nacht über aus. Bei ihrer Rückkehr [illegible] von dem [illegible] Lebensmitteln ein Käse. Helmhake wurde hierfür vom Kompanieführer mit drei Tagen strengen Arrestes bestraft und bei einer Kälte von 25—30 Grad so fest an einen Baum gebunden, daß er, der am Fuß zuerst eine schwere [illegible] hatte, beim Losbinden sofort zusammenbrach. Dieselbe Strafe wurde ihm zudiktiert, als er einige Tage darauf beim Garnisonsarzt erklärte, wegen körperlicher Schwäche den Dienst nicht machen zu können. Im Sergeant [illegible] bei der [illegible] so stramm an den Baum, daß er nach der Aussage eines Zeugen „vor Schmerzen [illegible]" und dem Sergeanten zurief: „Wir fahren noch einmal ab!"

Diese [illegible] wurde dem Kompanieführer [illegible]

[illegible]

ihn zur Latrine zu fahren. Er war so schwach, daß er sich nicht bewegen konnte und geschleift werden mußte. Der Kompanieführer, der dabei stand, rief: „Das Mistvieh verstellt sich ja bloß, trampelt ihn doch in den Hintern, ist denn das Aas noch nicht krepiert!" und stieß ihn dabei mit dem bestiefelten Fuß derart, daß er hinstürzte. Er mußte schließlich in das Erdloch zurückgebracht werden. Nach Angabe der Zeugen hatte er hochgradiges Fieber, gebrochene Augen und „war nur noch Haut und Knochen". Die folgende Nacht starb er im Erdloch. Ein Arzt war nicht hinzugezogen worden; erst die Leiche wurde einem Arzt zur Sektion übergeben.

Das ist nach der Anklage, die der Vater erhebt, „die körperliche und ärztliche Pflege", die dem „tüchtigen Soldaten und guten Kameraden" nach der Mitteilung des inzwischen zum Oberleutnant beförderten Kompanieführers zuteil geworden war".

Die „Freiheit" nennt den Namen des Schurken, dessen Verbrechen noch heute ungesühnt ist. Es ist der Oberleutnant Assessor Hans Hiller, Berlin, Wolliner Straße 28, III.

Bereits am 20. Mai 1919 ist die oben wiedergegebene Anklage des Vaters dem Kriegsministerium überreicht und von diesem an das zuständige Militärgericht in Berlin-Schöneberg weitergegeben worden. Der Beschuldigte ist dort vernommen, aber was weiter in der Sache geschehen ist, davon weiß die Oeffentlichkeit bis heute nichts. Zu dieser Sache hat der deutschnationale Abgeordnete Warmuth folgende Anfrage eingebracht: „Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes" ist ein gewisser Karl Helmhake, der im Oktober 1914 als Freiwilliger bei einem Berliner Garde-Regiment eingetreten war, im Frühjahr 1915 von seinem Kompanieführer in bestialischer Weise zu Tode gemartert worden. Der Sachverhalt ist am 20. Mai 1919 durch den Vater des Helmhake dem Kriegsministerium überreicht worden. Ist die Regierung bereit, mitzuteilen, was geschehen ist, um das Verbrechen der Sühne zuzuführen?"

Einschränkung der Kohlenversorgung.

Berlin, 15. Nov. (W. T. B.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der Kohlenversorgung ist eine schwerwiegende Entscheidung getroffen worden. Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahn- und Dienstkohle zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen. Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr muß in diesem Augenblick alles andere zurücktreten. Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewaltmittel entschlossen. Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, insbesondere die Großeisenindustrie und der Hausbrand, werden stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahmen nicht ausbleiben. Sie sämtlich zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes, abzuwenden ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an anderen Stellen entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr behoben, so können wir hoffen, auch der andern Gefahr Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gut zu machen.'

Einspruch der Entente gegen die oberschlesischen Wahlen.

Berlin, 15. Nov. (W. B.) Der deutschen Delegation in Paris ist vom Obersten Rat die Note übersandt worden, die die oberschlesischen Gemeindewahlen als nichtig und nicht geschehen erklärt. Es sei wahrscheinlich, heißt es darin zur Begründung, daß diese Wahlen einer Treiberei zum Vorwand dienen würden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal dieses Landes zu beeinflussen, während die Bedingungen, unter denen sie stattfanden, weit entfernt waren von denjenigen, denen die Vornahme der Volksabstimmung unterliegen müsse.

Berlin, 16. Nov. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt zu der Ententenote u. a.: Die Note bestreitet nicht, daß bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Souveränität und damit die Verwaltungsbefugnisse im oberschlesischen Abstimmungsgebiet dem preußischen Staat zusteht. Auf Grund dieser Verordnungsbefugnis sind die oberschlesischen Gemeindewahlen ausgeschrieben worden. Erkennt aber der Oberste Rat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages den gesetzlichen Zustand an, so muß er dies folgerichtig auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten tun. Was die Bemerkungen der Note über die Hinausschiebung des Wahltermins anbetrifft, so hätten die Wahlen frühestens im August stattfinden können. In dieser Zeit brach aber in Oberschlesien der Aufstand aus und es mußte erst für die Beruhigung des Landes gesorgt werden.

Bombenattentat in Moskau.

Amsterdam, 16. Nov. „Telegraaf" meldet aus London: Der Verteidigungsausschuß in Moskau berichtet, daß dort am 4. d. Mts. ein Bombenanschlag verübt wurde, bei dem mehrere Personen getötet oder verwundet wurden. Der Ausschuß beschuldigt die Anarchisten, daß sie den Anschlag auf Sowjetrußland organisierten. Die Bolschewisten veranstalteten einen Angriff auf das Hauptquartier der Verschwörer, die hierbei das ganze Gebäude in die Luft sprengten. Sämtliche Verschwörer sind dabei umgekommen.

Die Kohlennot in Wien.

Wien, 16. Nov. Der Korrespondenz Herzog zufolge erreicht die Kohlensituation in Wien derzeit einen noch nie dagewesenen Tiefstand. Für das städtische Elektrizitätswerk langten am letzten Samstag 51 Tonnen Kohle an, während der Verbrauch 1100 Tonnen beträgt. Fast alle Mittelschulen gaben ihren Schülern für die kommende Woche Kälteferien, die wahrscheinlich noch länger ausgedehnt werden. Auch die Lebensmittelverhältnisse sind angesichts des Ausbleibens auswärtiger Zufuhren tieftraurig geworden.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 268 | Montag, den 17. November 1919 | 10. Jahrgang

Die Gewerkschaften und der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Von A. Ellinger.

In letzter Zeit sind eine Menge Meldungen über die Wiederaufbaufrage durch die Presse gegangen, die zum Teil irreführend und mehr auf Sensation als auf eine gewissenhafte Information der Leser berechnet waren. So hat zum Beispiel vor einigen Wochen ein „Volksarbeitsamt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete" eine Mitteilung veröffentlicht, wonach ihm bereits über 400 000 Arbeiter, Techniker, Aerzte usw. für den Wiederaufbau zur Verfügung ständen. Aus der Aufmachung der betreffenden Notiz mußte der nicht eingeweihte Leser den Schluß ziehen, daß das „Volksarbeitsamt" eine amtliche Einrichtung sei. Das ist es aber keineswegs, vielmehr handelt es sich um eine unabhängig-kommunistische Gründung, die offenbar den Zweck hat, den politischen Einfluß der beiden Linksparteien zu stärken und auch die Wiederaufbaufrage zur Agitation für diese Parteien auszunützen. Vorsitzender des „Amtes" ist der unabhängige Parteisekretär Weise, Beisitzer sind neben dem „Bauanwalt" Thofehrn der Schuhmacher Vollmershaus und der „Arbeitslosenrat" Joske, die, wie es in einer anderen Notiz heißt, das Vertrauen des (unabhängig-kommunistischen) Vollzugsrates Groß-Berlin genießen.

Leiter dieses Amtes sind also vorwiegend Personen, die in Wiederaufbaufragen sicher nicht mit einem übermäßigen Sachverstande belastet sind. Es ist natürlich gar keine Rede davon, daß diese Herren bezw. dem von ihnen vertretenen „Volksarbeitsamt" 400 000 Arbeiter für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Wenn sie auch nur den fünfzigsten Teil dieser Arbeiterzahl wirklich liefern sollten, kämen sie vermutlich in arge Bedrängnis. Aber die Herren haben das Bedürfnis, von sich reden zu machen und ihren Parteien zu dienen. Da sie bezw. die von ihnen vertretenen Parteien es auch nicht verschmähen, zu diesem Zweck eine arge Hetze gegen die Personen zu treiben, die von den Gewerkschaften mit der Vertretung der Arbeiterinteressen beim Wiederaufbau betraut sind, so ist es zweckmäßig, hier einiges über das Thema Gewerkschaften und Wiederaufbau zu sagen.

Zuständig zur Vertretung der Arbeiterinteressen sind in Wiederaufbaufragen vor allem die Verbände der Bauarbeiter. Diese haben sich mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs schon beschäftigt, noch ehe der Friedensvertrag Deutschland zu den bekannten „Wiedergutmachungen" verpflichtete. Sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes hat sich z. B. der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit der Frage beschäftigt, was die deutschen Bauarbeiter tun könnten, um den Wiederaufbau der zerstörten Wohn- und Arbeitsstätten in Belgien und Nordfrankreich zu fördern. Dieser Verbandsvorstand war sich schon damals darüber klar, daß die deutschen Bauarbeiter ihre Hilfe beim Wiederaufbau nicht versagen konnten. Um den Arbeitern aller in Frage kommenden Länder von vornherein einen bestimmenden Einfluß auf den Wiederaufbau zu sichern, suchte der Deutsche Bauarbeiterverband schon im Dezember 1918 mit den Bauarbeiterverbänden in Belgien und Frankreich wieder in enge Fühlung zu kommen. Durch Vermittlung des holländischen Bauarbeiterverbandes teilte der Sekretär der Bauarbeiter-Internationale, Paeplow, der bekanntlich zugleich Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist, dem belgischen und französischen Verbande die Bereitwilligkeit der deutschen Bauarbeiter zur Hilfe beim Wiederaufbau mit. Gleichzeitig schlug er den Bruderverbänden eine entsprechende Vereinbarung mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande vor.

Die Voraussetzung einer solchen Vereinbarung sollte sein, daß die Zahl der Bauarbeiter in Belgien und Frankreich nicht groß genug sei, um den Wiederaufbau in der gebotenen Zeit bewerkstelligen zu können, und daß auch Arbeiter anderer Länder nicht in genügender Zahl zur Verfügung ständen. In der vorgeschlagenen Vereinbarung war vorgesehen, daß das Deutsche Reich in allen Stücken Träger des Wiederaufbaues sein und daß es die Garantie für die Zahlung der Löhne und für die Einhaltung der sonstigen Arbeitsbedingungen übernehmen sollte. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sollten zwischen den Bauarbeiterverbänden und der Regierung vereinbart werden; die Arbeit selbst sollten deutsche Baumeister bezw. deutsche Baugenossenschaften mit tüchtigen Baumeistern an der Spitze übernehmen.

Eine Antwort auf dieses Angebot hat der Sekretär der Bauarbeiter-Internationale vom französischen Bauarbeiterverbande erst über ein halbes Jahr später, nämlich auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam, Juli 1919, bekommen, wo Paeplow mit dem Sekretär des genannten Verbandes, Genossen Chanvin, zusammentraf. Der belgische Bauarbeiterverband hat bis heute überhaupt nicht geantwortet. Chanvin glaubte, die deutschen Bauarbeiter vor der Arbeitsannahme in Nordfrankreich warnen zu müssen, weil der Haß der Franzosen gegen die Deutschen zu groß sei. Die Franzosen würden mit dem Wiederaufbau auch ohne die Deutschen fertig werden, wenn es auch 20 oder 25 Jahre dauern und wenn sie auch spanische und italienische Arbeiter heranziehen müßten.

Inzwischen hatte der Friedensvertrag Deutschland zu den bekannten „Wiedergutmachungen" verpflichtet und ihm freigestellt, die Wiedergutmachung zum Teil entweder durch Lieferung von Arbeitskräften und Baustoffen oder durch die Uebernahme des Aufbaues bestimmter Gebiete zu leisten. Die Bauarbeiterverbände erklärten sich im März dieses Jahres auch der Reichsregierung gegenüber zur Mitwirkung beim Wiederaufbau grundsätzlich bereit. Sie taten das um so lieber, als damals für unsere Gefangenen die Gefahr der Versklavung beim Wiederaufbau bestand. Von ihrer freiwilligen Bereitwilligkeit zur Mitwirkung beim Wiederaufbau erhofften die Bauarbeiter die rasche Freigabe unserer Gefangenen. Jedoch stellten die Bauarbeiterverbände bestimmte Bedingungen, deren Erfüllung sie verlangten, wenn sie ihren Mitgliedern die Arbeitsannahme in Nordfrankreich empfehlen sollten. Die Reichsregierung hat diese Bedingungen als berechtigt anerkannt und zur Führung der Verhandlungen, die mit der französischen Regierung über den Wiederaufbau gepflogen werden, neben Vertretern der Regierung und einigen Arbeitgebervertretern auch einige Vertreter der Bauarbeiterverbände bestimmt. Die betreffende Kommission arbeitet seit Wochen in Versailles. Sie hat mit der französischen Regierung vor allem auch über die Bedingungen verhandelt, unter denen deutsche Arbeiter beim Wiederaufbau mitwirken können. Ueber einen Teil der Bedingungen — deren Nennung im Rahmen eines kurzen Artikels nicht möglich ist — wurde eine Einigung erreicht, über andere werden die Verhandlungen noch fortgesetzt. Gleichzeitig ist eine Anzahl Unterkommissionen eingesetzt worden, die die einzelnen Wiederaufbaufragen zu beraten und zu klären haben. Auch eine Besichtigung der zerstörten Gebiete hat bereits stattgefunden. Es ist zu hoffen, daß auch über den Rest der von den deutschen Bauarbeiterverbänden gestellten Bedingungen eine Einigung erreicht wird.

Hervorzuheben ist noch — was übrigens in der Presse bereits mitgeteilt worden ist — daß die Vertreter der deutschen Bauarbeiter bei den Verhandlungen in Versailles von Anfang an erklärt haben, die deutschen Bauarbeiter würden gegen den Willen des französischen Bauarbeiterverbandes nicht nach Frankreich gehen. Der französische Wiederaufbauminister Loucheur suchte deshalb eine Aussprache zwischen Vertretern der französischen Gewerkschaften und den Vertretern der deutschen Bauarbeiter herbeizuführen, was ihm mit einiger Mühe auch gelang. Bei dieser Aussprache erklärte der Vertreter des Allgemeinen französischen Arbeiterverbandes Laurent, die französischen Arbeiter ständen den deutschen Arbeitern keineswegs feindlich gegenüber und sähen der Beteiligung der organisierten deutschen Arbeiter am Wiederaufbau „in konziliantem Geiste" entgegen. Der Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes, Chanvin, gab ebenfalls eine beruhigende Erklärung ab, so daß eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beteiligung der deutschen Bauarbeiter am Wiederaufbau erfüllt ist.

Im übrigen ist — auch wenn alle andern Voraussetzungen für diese Beteiligung erfüllt sind — in nächster Zeit nicht damit zu rechnen, daß sehr viel gelernte Bauarbeiter gebraucht werden. Denn es handelt sich zunächst hauptsächlich um Arbeiten für ungelernte Arbeiter: um die Einebnung von Schützengräben und Granattrichtern, den Bahn-, Kanal- und Straßenbau, die Aufräumung der zerstörten Ortschaften, die Wiederingangsetzung der Bergwerke usw. Der eigentliche Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften folgt erst später. Nur zur Aufstellung von Baracken für die Arbeiter und die zurückkehrenden Bewohner, für den Bau von Brücken usw. wird von Anfang an eine gewisse Zahl von Facharbeitern gebraucht. Die Vermittlung dieser wie überhaupt aller Arbeiter wird vermutlich von den Gewerkschaften übernommen oder mindestens kontrolliert werden. Die Gewerkschaften werden auch von Anfang an ihre Vertreter ins Wiederaufbaugebiet senden, damit sie die Arbeiter beraten und ihre Interessen in jeder Weise vertreten. Doch kann dies natürlich erst geschehen, wenn die Verhandlungen mit der französischen Regierung beendet und zur Zufriedenheit der deutschen Arbeiter ausgefallen sind. In diesem Jahre ist mit der Aufnahme der Arbeiten in größerem Umfange auf keinen Fall mehr zu rechnen.

Soziales.

Sportliche Betätigung Kriegsbeschädigter. Für die Gesundheit vieler amputierter und verstümmelter Kriegsbeschädigter ist es von großer Bedeutung, daß sie in mäßigem Umfange Sport treiben, wie Wandern, Radfahren, Bergsteigen, Turnen, Schwimmen, Rudern usw., denn bei ihnen besteht besonders die Gefahr, daß sie, zumal die Beinbeschädigten, wegen ihres Gebrechens stärkere körperliche Betätigung meiden, die ihnen jetzt noch nötiger ist als in gesunden Tagen, und besonders auch für die Behandlung ihres Stumpfes oder ihrer gelähmten Glieder wichtig ist. Manche sind auch der irrigen Meinung, „es geht nicht mehr". Zahlreiche Beispiele können die Unrichtigkeit eines solchen Vorurteils beweisen. Mehrere Lazarette, die der Pflege der Leibesübungen der Verwundeten besonderes Augenmerk geschenkt haben, haben bei einzelnen ihrer Patienten geradezu hervorragende Leistungen erzielt, die denen Gesunder keineswegs nachstehen. Dies wurde weiteren Kreisen durch die Schau- und Wetturnen in den Lazaretten in Görden (Brandenburg) und Ettlingen (Baden) bewiesen. Solche sportliche Betätigung hat auch den großen Gewinn, daß sie das Selbstvertrauen der Verwundeten hebt und damit ihren Lebensmut und ihre Lebensfreude. Da die Einbeiner und Einarmer natürlich nicht alle Uebungen machen können wie Gesunde, haben an manchen Orten die Turnvereine eigene Riegen für sie gebildet. Da sich manche Kriegsbeschädigte scheuen, ihr Gebrechen vor anderen im Bade bloßzustellen, werden bisweilen eigene Badestuben für sie freigehalten oder Abteile für sie abgeschlossen.

Verwendung der Kapitalabfindung zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes.

Besonders während des Krieges ist das Sehnen nach einer eigenen Heimstätte, nach einem eigenen kleinen Stückchen Land, vor allem unter den Kriegsteilnehmern, immer stärker hervorgetreten. Um diesem Wunsche entgegenzukommen, gestattet das Kapitalabfindungsgesetz, daß Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen sich einen Teil ihrer Versorgungsgebührnisse zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes in Kapital abfinden lassen. Der Ankauf von Anwesen ist bei den heutigen Verhältnissen des Grundstücks- und Baumarktes fast unmöglich. Um so wichtiger ist es, daß die Kapitalabfindung auch zur Rückzahlung drückender Schulder oder zur sonstigen Verbesserung der Schuldverhältnisse, zur Ausbesserung oder Erweiterung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, aber auch zur Vervollständigung des toten und lebenden landwirtschaftlichen Inventars verwendet werden darf. Dies erscheint um so wertvoller, weil es so in vielen Fällen möglich sein wird der Familie eines Kriegsbeschädigten oder einer Kriegerwitwe das ererbte Anwesen, an dem alle Familienglieder hängen, zu erhalten oder seine Wirtschaftlichkeit zu heben.

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs XIV.

Von E. T. A. Hoffmann.

(Fortsetzung.)

Er vermochte sie nach und nach zu bewegen, erst ihren eigenen Vater, bei dem sie sich befand, ihn mit verruchter Heuchelei im Alter pflegend, dann ihre beiden Brüder und endlich ihre Schwester zu vergiften: den Vater aus Rache, die andern der reichen Erbschaft wegen. Die Geschichte mehrerer Giftmörder gibt das entsetzliche Beispiel, daß Verbrechen der Art zur unwiderstehlichen Leidenschaft werden. Ohne weitern Zweck, aus reiner Lust daran, wie der Chemiker Experimente macht zu seinem Vergnügen, haben oft Giftmörder Personen gemordet, deren Leben oder Tod ihnen völlig gleich sein konnte. Das plötzliche Hinsterben mehrerer Armen im Hotel Dieu erregte später den Verdacht, daß die Brote, welche die Brinvillier dort wöchentlich auszuteilen pflegte, um als Muster der Frömmigkeit und des Wohltuns zu gelten, vergiftet waren. Gewiß ist es aber, daß sie die Taubenpasteten vergiftete und den Gästen, die sie geladen, vorsetzte. Der Chevalier du Guet und mehrere andere Personen fielen als Opfer dieser höllischen Mahlzeiten. Sainte Croix, sein Gehilfe la Chaussée, die Brinvillier wußten lange Zeit hindurch ihre gräßlichen Untaten in undurchringliche Schleier zu hüllen.

Die Gifte, die Sainte Croix bereitete, waren so fein, daß, sagt das Pulver (poudre de succession nannten es die Pariser) bei der Bereitung offen, ein einziger Atemzug hinreichte, sich augenblicklich den Tod zu geben. Sainte Croix trug deshalb bei seinen Operationen eine Maske von feinem Glas. Diese fiel eines Tages als er eben ein fertiges Giftpulver in eine Phiole führen wollte, herab, und er sank, den feinen Staub des Giftes einatmend, augenblicklich nieder. Da er ohne Erben verstorben, eilten die Gerichte herbei, um den Nachlaß unter Siegel zu nehmen. Da fand sich, in einer Kiste verschlossen, das ganze höllische Arsenal des Giftmordes, das dem verruchten Sainte Croix zu Gebote gestanden, aber auch die Briefe der Brinvillier wurden aufgefunden, die über ihre Untaten keinen Zweifel ließen. Sie floh nach Lüttich in ein Kloster. Desgrais, ein Beamter der Maréchaussée, wurde ihr nachgesendet. Als Geistlicher verkleidet, erschien er in dem Kloster, wo sie sich verborgen. Es gelang ihm, mit dem entsetzlichen Weibe einen Liebeshandel anzuknüpfen und sie zu einer heimlichen Zusammenkunft in einem einsamen Garten vor der Stadt zu verlocken. Kaum dort angekommen, wurde sie aber von Desgrais Häschern umringt, der geistliche Liebhaber verwandelte sich plötzlich in den Beamten der Maréchaussée und nötigte sie, in den Wagen zusteigen, der vor dem Garten bereit stand und, von den Häschern umringt, geradeswegs nach Paris abfuhr. La Chaussée war schon früher enthauptet worden, die Brinvillier litt denselben Tod, ihr Körper wurde nach der Hinrichtung verbrannt und die Asche in die Lüfte zerstreut.

Die Pariser atmeten auf, als das Ungeheuer von der Welt war, das die heimliche mörderische Waffe ungescheut richten konnte gegen Feind und Freund. Doch bald tat es sich kund, daß des verruchten la Croix entsetzliche Kunst sich fort vererbt hatte. Wie ein unsichtbares tückisches Gespenst schlich der Mord sich ein in die engsten Kreise, wie sie Verwandschaft — Liebe — Freundschaft nur bilden können, und erfaßte sicher und schnell die unglücklichen Opfer. Der, den man heute in blühender Gesundheit gesehen, wankte morgen krank und siech umher, und keine Kunst der Aerzte konnte ihn vor dem Tode retten. Reichtum — ein einträgliches Amt — ein schönes, vielleicht zu jugendliches Weib — das genügte zur Verfolgung auf den Tod. Das grausamste Mißtrauen trennte die heiligsten Bande. Der Gatte zitterte vor der Gattin — der Vater vor dem Sohn — die Schwester vor dem Bruder. — Unberührt blieben die Speisen, blieb der Wein bei dem Mahl, das der Freund den Freunden gab, und wo sonst Lust und Scherz gewaltet hatten, verwilderte Blicke nach dem verkappten Mörder. Man sah Millionäre jämmerlich in entfernten Gegenden Lebensmittel einkaufen und in dieser jener schmutzigen Garküche selbst bereiten, in ihrem eigenen Hause teuflischen Verrat fürchtend. Und doch war manchmal die größte, bedachteste Vorsicht vergebens.

Der König, dem Unwesen, das immermehr überhandnahm, zu steuern, ernannte einen eigenen Gerichtshof, dem er ausschließlich die Untersuchung und Bestrafung dieser heimlichen Verbrechen übertrug. Das war die sogenannte Chambre ardente, die ihre Sitzungen unfern der Bastille hielt, und welcher la Reynie als Präsident vorstand. Mehrere Zeit hindurch blieben Reynies Bemühungen, so eifrig sie auch sein mochten, fruchtlos, dem verschlagenen Desgrais war es vorbehalten, den geheimsten Schlupfwinkel des Verbrechens zu entdecken.

In der Vorstadt Saint Germain wohnte ein altes Weib, la Voisin geheißen, die sich mit Wahrsagen und Geisterbeschwören abgab und mit Hilfe ihrer Spießgesellen, le Sage und le Vigoureux, auch selbst Personen, die eben nicht schwach und leichtgläubig zu nennen, in Furcht und Erstaunen zu setzen wußte. Aber sie tat mehr als dieses. Exilis Schülerin wie la Croix, bereitete sie wie dieser das feine, spurlose Gift und half auf diese Weise ruchlosen Söhnen zur frühen Erbschaft, entarteten Weibern zum andern jüngern Gemahl. Desgrais drang in ihr Geheimnis ein, sie gestand alles, die Chambre ardente verurteilte sie zum Feuertode, den sie auf dem Greveplatze erlitt. Man fand bei ihr eine Liste aller Personen, die sich ihrer Hilfe bedient hatten; und so kam es, daß nicht allein Hinrichtung auf Hinrichtung folgte, sondern auch schwerer Verdacht selbst auf Personen von hohem Ansehen lastete. So glaubte man, daß der Kardinal Bonzy bei der la Voisin das Mittel gefunden, alle Personen, denen er als Erzbischof von Narbonne Pensionen bezahlen mußte, in kurzer Zeit hinsterben zu lassen. So wurden die Herzogin von Bouillon, die Gräfin von [illegible], deren Namen man auf der Liste gefunden, der Verbindung mit dem teuflischen Weibe angeklagt, und selbst François Henri de Montmorenci, Boudebelle, Herzog von Luxemburg, Pair und Marschall des Reichs, blieb nicht verschont. Auch ihn verfolgte die furchtbare Chambre ardente. Er stellte sich selbst zum Gefängnis in der Bastille, wo ihn Louvois und la Reynies Haß in ein sechs Fuß langes Loch einsperren ließ. Monate vergingen, ehe es sich vollkommen herausstellte, daß des Herzogs Verbrechen keine Rüge verdienen konnte. Er hatte sich einmal von le Sage das Horoskop stellen lassen.

Gewiß ist es, daß blinder Eifer den Präsidenten la Reynie zu Gewaltstreichen und Grausamkeiten verleitete. Das Tribunal nahm ganz den Charakter der Inquisition an: der geringfügigste Verdacht reichte hin zu strenger Einkerkerung, und oft war es dem Zufall überlassen, die Unschuld des auf den Tod Angeklagten darzutun. Dabei war Reynie von gartigem Ansehen und heimtückischem Wesen, so daß er bald den Haß derer auf sich lud, deren Rächer oder Schützer zu sein er berufen wurde. Die Herzogin von Bouillon von ihm im Verhöre gefragt, ob sie den Teufel gesehen, erwiderte: „Wich dürft ich jetzo ihn in diesem Augenblick!"

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Die Neuerungen in der Mutterschaftsfürsorge.

Am 1. Oktober ist das neue Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge in Kraft getreten. Ueber seine sozialpolitische Bedeutung haben die Zeitungen schon längere Berichte gebracht. Es sei nun einmal auf rechtliche Einzelheiten näher eingegangen. Diese sind wiederum nicht so einfach und durchsichtig, wie es besonders deshalb zu erwarten wäre, weil sich schlichte Frauen hineinfinden sollen.

Die Neuordnung besteht in einer Aenderung der Reichsversicherungsordnung, die eine Anzahl Paragraphen neu eingegliedert bekommt. Im allgemeinen zerfallen die Vorschriften in die drei Abschnitte: Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge. Daneben wird zwar für die Ehefrauen der ehemaligen Kriegsteilnehmer eine Fortführung der Kriegswochenhilfe bis zum Kriegsende und in Ausnahmefällen darüber hinaus noch vorgesehen, doch ist diese Einrichtung nicht nur recht untergeordnet, sondern auch recht unklar.

Die Wochenhilfe besteht in einer Ausgestaltung der bisherigen Leistungen an die bei einer Krankenkasse selbstversicherten Wöchnerinnen. Die Voraussetzungen (halbjähriges Versichertsein innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung, sei es auch bei verschiedenen Krankenkassen) bleiben dieselben. Die Leistungen sind gegenüber denen der Kriegswochenhilfe etwas erweitert worden und bestehen in: a) einem Beitrag zu den Entbindungskosten von 50 Mk. (statt bisher 25 Mk.); b) einem Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch von mindestens 1,50 Mk. täglich für zehn Wochen an jedem Tage; c) einer Beihilfe bis zu 25 Mk. für die Hebammenhilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden; d) einem Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pfg. täglich, bis zur Dauer von 18 Wochen. Statt der baren Leistungen unter a und c können die Kassen freie Behandlung durch Arzt und Hebamme und die Arzneien gewähren. Die Kasse kann beschließen das Stillgeld bis zum 26 Wochen zu verlängern.

Die Familienhilfe besteht darin, daß die bisher schon den Krankenkassen freigestellte Wochenhilfe an die nichtversicherten Familienangehörigen den Versicherten obligatorisch gemacht und ausgestaltet wird. Dabei sind als Familienangehörige neben Ehefrauen und Töchtern auch Stief- und Pflegetöchter von krankenversicherten Männern anzusehen, soweit sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Nur freiwillige Mitglieder haben keinen Anspruch für ihre Familienangehörigen. Die Leistungen sind im allgemeinen die gleichen wie bei den selbstversicherten Wöchnerinnen, doch ist hier der Betrag des Wochengeldes auf 1,50 Mk. und der des Stillgeldes auf 75 Pfg. festgelegt worden. Das Reich hat die Hälfte der Kosten dieser Familienhilfe zu ersetzen. [illegible] zahlungspflichtig [illegible] das Recht, die Beiträge über das [illegible] zu erhöhen. Für diese Familienhilfe dürfen [illegible] die von den Versicherten allein zu tragen sind [illegible] nicht erhoben werden.

[illegible]

Stiefkind Neufähr.

[illegible]

100 Familien. Und man sollte doch wohl annehmen, daß sich bei über 300 Brandstellen die Anlage rentieren sollte.

2. weisen wir auf das Fehlen jeglichen Telephonanschlusses hin. Es steht wohl einzig da, daß ein Ort von annähernd 800 Einwohnern, der dazu noch Vorort einer Großstadt ist, überhaupt noch kein Telephonanschluß besitzt. Erwiesen ist laut einer Bescheinigung des Herrn Dr. Wallschendorf, Heubude, die auch dem Magistrat vorliegt, daß der **Tod einer Frau** bei der Entbindung nur durch das **Fehlen eines Telephons** verschuldet worden ist.

Es kann das größte Unglück über den Ort oder eine Familie hereinbrechen, ohne daß es möglich ist aus Danzig Hilfe zu rufen. Eigentümlich berührt der Vorschlag des Magistrats in dringenden Fällen das Telephon der Werft Danzig-Krakau zu benutzen, da der Weg bis dahin ½ Stunde beträgt und das Telephon nur in den Dienststunden zu benutzen ist. Zwar hat sich der Magistrat in dieser Angelegenheit mit einem Krämer in Verbindung gesetzt, doch fordert er für die Anlage von diesem nur die Kleinigkeit von über 1200 Mark. Es muß da von der Verwaltung ein Weg gefunden werden, der uns umgehend Telephonanschluß verschafft.

3. weisen wir auf die Wegeverhältnisse in Neufähr hin.

Man kann wohl mit Recht behaupten, daß Neufähr überhaupt keine Zufuhrstraßen besitzt. Der Weichselweg (sog. Treidelweg) ist infolge der Ausschwemmung unpassierbar, ebenso ist der sandige Waldweg für schwere Fuhrwerke unbenutzbar. Noch vor wenigen Tagen stürzten Pferde und Wagen eines Fuhrwerks in die Weichsel; tagelang ist Neufähr ohne Brot, da das Fuhrwerk des Bäckers es nicht erreichen kann; Leichen sind nur unter den größten Schwierigkeiten nach Heubude zu überführen. Nun müßte die Ausbesserung bezw. Pflasterung der Wege gleichzeitig mit der **Uferbefestigung** geschehen, um die die verschiedenen interessierten Behörden seit Jahren einen Prozeß führen. Dieser könnte jetzt doch hinfällig werden, da die mit dem Magistrat prozessierenden Behörden jetzt in die Magistratsverwaltung aufgehen. Zum mindesten könnten die Arbeiten sofort ausgeführt werden und das Gericht kann später entscheiden wer die Kosten trägt. Jedenfalls sind die Zustände unhaltbar und es muß etwas Durchgreifendes geschehen. Dazu gehört auch daß die vor einigen Jahren leider eingegangene, seit Menschengedenken bestandene **Neufährer Fähre wieder in Betrieb gesetzt** und der sogenannte **Schulsteg zu einem ordentlichen Weg** ausgebaut wird, damit die Kinder nicht mit nassen Füßen zur Schule kommen und den anliegenden Bächtern das Land zertreten wird. Jeder, der Neufähr im Frühjahr oder Herbst besucht hat, wird wohl eingestehen, daß er derart verwahrloste Wege auch in dem schmutzigsten katholischen Dorfe nicht gesehen hat. Ist es schon nicht unerhört, daß wir überhaupt keine Dorfstraße besitzen? Warum wird die **Pflasterung von Krakau nicht weiter bis Neufähr geleitet?** Krakau erhält Pflasterung, elektrisches Licht, Telephon. Warum? Dort handelt es sich um die Interessen des Magistrats — fiskalisches Gut Krakau — hier nur um die Interessen von 800 kleiner Leuten, die trotzdem ungleich höhere Steuern zahlen als die Krakauer Bevölkerung. Wir können uns des bitteren Gefühls nicht erwehren, daß wir wie Bürger 2. Klasse behandelt werden. Hier ist doch das gegebene Feld für **Notstandsarbeiten** durch Aufschüttung der Kohlenschlacke, Legen der Pflasterung und elektrischer Lichtanlage, Uferbefestigung usw.

Wir bitten nur die Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dem Magistrat zu beraten, wie den geschilderten Uebelständen abzuhelfen ist und uns das zu verschaffen, worauf wir Anspruch haben unser Recht.

Umgehung der Lichteinschränkung.

Vom Verwaltungsausschuß für die Gaswerke wird geschrieben: „Die über die Ersparnis von Gas und Elektrizität erlassenen Verordnungen werden teilweise falsch ausgelegt und in einem Sinne angewandt, der eine Uebertretung der Verordnungen in sich schließt. Nach dem klaren Wortlaut der Veröffentlichungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen Fällen nach 4 Uhr nachm. der Verbrauch von Gas und Elektrizität für Beleuchtungszwecke in offenen Verkaufsstellen und Bureaus verboten ist, falls nicht die Erlaubnis zur Benutzung auf Grund eines für den einzelnen Fall ausdrücklich ausgestellten Erlaubnisscheines des Magistrats erteilt ist.

Ebenso muß nachdrücklich nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Beleuchtung in Hotels und Gastwirtschaften auf das [illegible] einzuschränken ist. Es ist in der Verordnung [illegible] angegeben, wieviel Lichtstärke auf den [illegible] Bodenfläche entfallen darf. Auch in Wohnräumen [illegible] nur eine Gasflamme [illegible] der eine einer Gasflamme entsprechende elektr. Beleuchtung durch höchstens zwei elektrische Lampen benutzt werden. Immer wieder können Fälle [illegible] werden, nach denen ganze Kronleuchter [illegible] die erlassenen Verordnungen [illegible] [illegible] Wird eine bessere [illegible] Abstand genommen wird, wird eine bessere [illegible] Kontrolle der Wohnungen angeordnet werden, und in [illegible] Falle der Uebertretung wird eine Bestrafung durch Absperrung der Belieferung erfolgen müssen. Es muß erwartet [illegible] im beiderseitigen Interesse der Allgemeinheit, daß mit [illegible] Rücksicht auf die noch immer bestehende Kohlennot in jedem Falle [illegible] Sparsamkeit in der Verwendung von Gas und Elektrizität [illegible]."

Die im Vertragsverhältnis stehenden Hilfskräfte der Reichs- und Staatsbehörden hielten am 13. November d. Js. in der [illegible] unter der Leitung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der [illegible] Stellung genommen wurde.

Das [illegible] hielt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für [illegible] Herr **Kern**.

Nach [illegible] Debatte kam folgende Entschließung einstimmig [illegible]:

„[illegible] November 1919 in der Zimmermannsherberge zu Danzig [illegible] im Vertragsverhältnis stehenden Hilfskräfte [illegible] und der Länder fassen nach einem eingehenden [illegible] dem Bunde der technischen Angestellten und Beamten in Gemeinschaft mit den übrigen Verbänden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände [illegible] Reichstarif [illegible] genommen und erkennen mit Befriedigung [illegible] Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände [illegible]

[illegible] erwarten, daß die Tarifverträge der Arbeitsgemeinschaft [illegible] den Forderungen des [illegible] für die [illegible]

[illegible]

[illegible] der Bürgerschaften werden [illegible]

des Plattenbelags und des Mosaikpflasters entstehen. Die Schneeräumung ist mit breiten Stoßeisen und Schaufeln, nicht mit Kratzen, Besen, Picken oder ähnlichen Geräten zu bewirken, da Beschädigungen des Pflasters **auf Kosten des Räumungspflichtigen** ausgebessert werden müssen. Die Räumung der Rinnsteine von Schnee- und Eismassen ist schon jetzt vorzunehmen, damit bei Tauwetter das Wasser abfließen kann.

Die Errichtung eines Standesamtsbezirks Schidlitz soll nach einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung bei der Staatsregierung beantragt und für den Standesbeamten eine jährliche Vergütung von 1000 Mk. ausgeworfen werden. Als Standesbeamter ist der Polizeiwachtmeister a. D. Ludwig Schubert und als dessen Stellvertreter Lehrer Paul Schwanke in Aussicht genommen. Es ist von Schidlitz aus der dringende Wunsch nach Errichtung eines eigenen Standesamtes geäußert worden. In den Vororten Langfuhr, Neufahrwasser, Saspe, Heubude und St. Albrecht bestehen bereits Standesämter.

Das Inventar des Weinlig-Lyzeums für die Stadt zu erwerben, beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadt hat bereits das Grundstück Hundegasse Nr. 54, Herrn Archidiakonus Dr. Weinlig und seiner Ehefrau gehörig, gekauft und an Herrn Dr. Weinlig vom 1. April d. Js. ab zum Fortbetriebe seines Lyzeums vermietet. Herr Dr. Weinlig, der bereits im 76 Lebensjahre steht und leidend ist, beabsichtigt, Ostern 1920 von der Leitung seines Lyzeums zurückzutreten. Eine Persönlichkeit, die das Lyzeum an seiner Stelle übernimmt, ist bisher nicht gefunden. Es wird deshalb dem Antrage nähergetreten werden müssen, das Weinlig-Lyzeum demselben Kuratorium zu unterstellen, das bereits das Dr. Scherlersche Lyzeum verwaltet. Herr Direktor Runge, der das Scherler-Lyzeum leitet, würde bereit sein, auch die Leitung des Weinlig-Lyzeums zu übernehmen, wenn er entsprechend entlastet wird. Das Kuratorium des Scherler-Lyzeums ist nicht in der Lage, das Schulinventar zu erwerben. Wenn die Stadt das Inventar kauft, wird sie es der Schule weiter zur Verfügung stellen. Ein ähnliches Verhältnis besteht bereits an einem anderen Danziger Lyzeum. Das Inventar hat laut Taxe einen Wert von über 34 000 Mk. Herr Archidiakonus Weinlig hat sich aber bereit erklärt, der Stadt die Gegenstände zum Gesamtpreise von 20 000 Mk. zu verkaufen.

Für das Stadttheater fordert der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von 20 000 Mk. zum Ankauf von Ausstattungsgegenständen. In Zukunft haben die Bühnenleiter dem Theaterpersonal auf Grund der Normalverträge die zwischen dem Deutschen Bühnenverein und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger vereinbart sind, weit mehr an Garderobe zur Verfügung zu stellen, als bisher. Sie haben den Mitgliedern die zur Aufführung eines Bühnenwerkes erforderlichen Kleidungs-, Ausrüstungs- und Schmuckstücke zu liefern. Es muß daher der Kostümfundus des Stadttheaters erheblich erweitert werden.

Durch Beschluß vom 12. August d. Js. hat sich die Stadtverordneten-Versammlung mit der Sozialabgabe von 5 Pfg. von jedem Platz und jeder Vorstellung an den Deutschen Bühnenverein einverstanden erklärt. Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hat nunmehr den Antrag gestellt, daß auch für ihre soziale Zwecke ein gleicher Betrag zur Verfügung gestellt werden möge. Der Magistrat hält den Antrag der Gleichberechtigung und des guten Zweckes wegen für begründet.

Wegen Ungebühr vor Gericht 3 Tage Haft. Der Arbeiter Wilhelm **Knorrbein** in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Er trat vor dem Gericht sehr lebhaft auf und sprach dem Vorsitzenden immer dazwischen. Als die Schwiegermutter des Angeklagten, mit der er verfeindet ist, als Zeugin auftrat, wurde er besonders erregt und unterbrach die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die wiederholten Mahnungen des Vorsitzenden blieben fruchtlos. Das Gericht verurteilte den Angeklagten deshalb zu einer **Haftstrafe von 3 Tagen**, die sofort vollstreckt wurde. Die Sache selbst wurde vertagt.

Die Rytzeschen Weinstuben, Hundegasse 11, deren Eröffnung, wie aus unserem Anzeigenteil ersichtlich, Sonnabend erfolgte, werden eine gemütliche Stätte für den Behaglichkeit Suchenden sein. Ueber die Räumlichkeiten wird uns folgendes mitgeteilt: Die Fassade in der Hundegasse, ein schönes Denkmal baltischer Renaissance, ist in ihrer alten würdigen Form nach den erforderlichen Ausbesserungen erhalten worden. Die Neuausstattung der Innenräume ist von dem Danziger Architekten Bruno Bahr entworfen worden, der damit eine schöne Probe seines Könnens geliefert hat. Schon die Empfangsdiele atmet Behaglichkeit und Gediegenheit. Die über der dunklen Holzverkleidung sich breitenden Wandflächen sind nach einem alten Stoffmuster in warmem Rot und schwarz bemalt und verstärken den Eindruck ruhiger Festlichkeit. Links liegt eine reizende, auf heiteres Grün gestimmte Zecherstube, darüber in der Hänge-Etage ein in Form und Farbe in modernisiertem Rokokostil gehaltener, entzückender Damensalon von außerordentlich intimer Wirkung. Die breite Dielentreppe gegenüber dem Straßeneingang führt zu der großen Weinstube, die als eigentlicher Repräsentationsraum anzusprechen ist. Das rötliche Eichenholzpaneel mit dekorativ bemalten Stoffüllungen setzt sich dunkel gegen das glänzende, schwarz gemusterte, feierliche Gold der oberen Wandteile. Durch einen abgeschlossenen Vorraum, der zugleich als Kleiderablage dient, gelangt man in die gemütliche hintere Weinstube, in die das Tageslicht gedämpft durch ein großes altes Butzenscheibenfenster fließt. Das dunkelgebeizte Holzpaneel steht in angenehmen Gegensatz zu einer auf lichteres Blau gestimmten Barockornamentik, die die Wände schmückt. Malermeister Gustav Männchen hat in der dekorativen Ausmalung aufs neue die hohe Leistungsfähigkeit seiner Firma erwiesen. Leuchtkörper und Möbel fügen sich harmonisch in das Gesamtbild ein. Die Küchen und sonstigen Betriebsräume sind geräumig und modern ausgestattet, ebenso das Nebengelaß.

Der jetzige Inhaber, Kaufmann A. Czech, steht seit über dreizehn Jahren an der Spitze des Unternehmens, das er 1915 durch Hinzukauf des Grundstückes Hundegasse 125 schon bedeutend erweiterte. Seine alten Weinstuben im Hause Hundegasse 127 werden in unveränderter Weise fortgeführt, die Bewirtschaftung ist in die Hände des Herrn Schirk, des ehemaligen Oekonomen der [illegible] Brauerei gelegt worden.

Eingegangene Druckschriften.

„Der freie Lehrer", Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Nr. 18 ist soeben erschienen. Das Heft enthält einen für alle Freunde unserer Schule lesenswerten Aufsatz von Dr. E. Witte über „Hilfsmittel für den neuzeitlichen Geschichtsunterricht". Ueber den Kampf um die Gewerkschaften berichtet E. [illegible] Oskar Hübner behandelt das Thema Kopf- und Handarbeiten. Aus den Berichten über die [illegible] wird insbesondere die Mitteilung von der geplanten [illegible] Reichsschulkonferenz die weiteste Kreise [illegible]. Das Feuilleton bringt einen Beitrag des bekannten Schulreformers [illegible]: „Was einem Großstadtkinde als Königsherrlichkeit erscheint".

Lokales.

Der Kampf um die Jugend.

Der Kampf um die Jugend hat in der letzten Zeit Formen angenommen, die jeden verantwortungsvollen Menschen traurig machen und empören müssen. Die reaktionären Parteien begnügen sich nicht damit, daß die Schulentlassenen in den politischen Tageskampf gezerrt werden, sondern die Kinder sind ihnen gerade gut genug, um sie als Waffe zur Erkämpfung ihrer Ziele zu gebrauchen. In Stettin streikten die Schüler der höheren Lehranstalten, angeblich, weil sie das Wiederaufhängen der Kaiserbilder in den Klassenzimmern verlangten. In Gotha sollen die Schulkinder streiken, um gegen den Schulerlaß der Gothaer Regierung, der den Eltern nicht paßt, zu protestieren. In Stettin gaben sich die Drahtzieher der Schülerstreiks noch den Anschein, als ob es sich um eine spontane Kundgebung der Kinder selbst handele; in Gotha verkünden die Väter offen, daß sie ihre Kinder nicht in die Schule schicken, bis ihr Wille erfüllt ist.

In vielen Schulen werden die Kinder von „patriotischen" Lehrern und Lehrerinnen aufgebracht gegen die heutige Staatsform und gegen die Regierung; die Religionsstunde muß vielfach der politischen Beeinflussung dienen. Katholische Pfarrer bringen es fertig, sogar den Widerstand gegen die Eltern zu propagieren. Wohin soll das führen? Hat der fünfjährige Krieg nicht schon genug Unheil angerichtet an den Seelen der Kinder? Muß das Verwüstungswerk fortgesetzt werden? Dieselben Kreise, die heute bedenkenlos die Schulkinder in den Dienst ihrer Sache spannen, konnten vor dem Kriege nicht genug darüber skandalieren, daß die Arbeiterschaft versuchte, ihr eigen Fleisch und Blut: die Arbeiterjugend, nach der Entlassung aus der Schule zu sammeln und in ihrem Sinne fürs Leben zu erziehen.

Damals war es so, daß acht Jahre lang das Schulkind einseitig konfessionell-nationalistisch beeinflußt wurde. Daneben wurde versucht, die Jungen und Mädels ungefähr vom 10. Lebensjahre ab in Vereinigungen zusammenzuschließen, in denen bei Spiel, Sport und Unterhaltung dieselben Ziele verfolgt wurden. Der Zweck war, zu erreichen, daß die Kinder nach der Schulentlassung in diesen ihnen liebgewordenen Vereinigungen blieben und nicht zur Arbeiterjugend gingen.

Nun soll und muß das alles anders werden. Eine neue Staatsform ist durch den Willen der Volksmehrheit an die Stelle der alten getreten. Die Regierung der Republik aber hat die Pflicht, für eine öffentliche Erziehung in dem neuen, freiheitlichen, demokratischen Sinne zu sorgen. Den Eltern bleibt es natürlich unbenommen, die häusliche Erziehung nach ihrer Weltanschauung zu gestalten und mit den gesetzlich erlaubten Mitteln die Durchsetzung ihrer Ideen in der öffentlichen Erziehung zu propagieren. Unter keinen Umständen aber dürfen die Kinder zu Kampfesmitteln entwürdigt werden. — Was wäre wohl geschehen, welcher Sturm der Entrüstung wäre in monarchistisch gesinnten und auf dem Boden der konfessionellen Erziehung stehenden Kreisen losgebrochen, wenn wir es unter dem so drückenden und entwürdigenden alten System versucht hätten, auf dem Wege über unsere Kinder unsere Weltanschauung in der öffentlichen Erziehung zum Ausdruck zu bringen: unsere Kinder zum Widerstand gegen die bestehende Ordnung aufzustacheln. Was hätten die Herrschaften, die heute den Schulstreik proklamieren, wohl gesagt, wenn wir versucht hätten, die Schule gar politisch zu beeinflussen; wenn wir die Schulkinder benutzt hätten, um die bestehende Staatsform zu ändern? Die Leute, die vor dem 9. November von der Frau in der Politik nichts wissen wollten, weil die Politik den Charakter verderbe, sollten sich doch hüten, die Kinder hineinzuziehen.

Kinderseele ist ein heiliges Land. Durch den Krieg ist es entheiligt worden; für Allzuviele bleibt es das verlorene Paradies. Für alle verantwortungsvollen Eltern aber muß es die höchste Aufgabe sein, das Kinderland wieder zu geweihtem Boden zu machen, in das wir Erwachsenen immer von neuem mit wehmütiger Ehrfurcht und reiner Liebe eintreten.

Aber auch um die Seelen unserer Jugendlichen muß mit anderen Mitteln gerungen werden, als das durch den Krieg Unsitte geworden ist.

Es muß wieder Friede werden in unseren Kindern.

Junglehrer-Verein des Freistaates Danzig. Am Sonnabend fand eine Junglehrersitzung im Gewerkvereinshause statt. Es wurde beschlossen, den Anschluß an den „Lehrerverein des Freistaates Danzig", einem späteren Zeitpunkte zu überlassen. Die schon jetzt bestehenden Arbeitsgemeinschaften für die wissenschaftliche Fortbildung sollen auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Der Anfang dazu wurde mit der Arbeitsgemeinschaft in Mathematik gemacht. Nach einem Vortrage des Kursusleiters, in dem als nächstes Ziel die Wiederholung des Seminarstoffes und seine Erweiterung bis zum Lehrziel der Oberrealschule aufgestellt wurde, fanden in Vorschlag gebrachte Richtlinien für den weiteren Ausbau der Arbeitsgemeinschaft in Mathematik allgemeine Zustimmung.

Kartoffelmangel und freier Handel mit Spiritus. Wir leiden unter einer großen Kartoffelnot, gleichzeitig aber wird Spiritus markenfrei verkauft. Zwar ist es Brennspiritus, aber trotzdem hat sich der Name „Brennabor" eingebürgert. Aus dem Brennspiritus wird Trinkbranntwein gemacht. In der letzten Schwurgerichtszeit kamen einige Straftaten zur Verhandlung, in denen dieser „Brennabor" eine Rolle spielte. Jetzt wird verlangt, daß die Spiritusbrennerei aus Kartoffeln dadurch noch verstärkt wird, daß man alle eingefrorenen Kartoffeln für diesen Zweck freigibt, anstatt sie den Trocknereien oder den Stärkefabriken zuzuführen. Gegen die Bereitung von Spiritus aus Sägemehl und anderen Stoffen, die nicht der Ernährung dienen, ist nichts einzuwenden. Man sollte den markenfreien Verkauf von Brennspiritus aufheben und das Brennen von gesunden Kartoffeln gänzlich untersagen. Dies letztere sollte man um so mehr tun, als sich verdorbene Kartoffeln immerhin reichlicher finden werden, wie man ursprünglich annehmen konnte.

Ein Kapitel zur Wohnungsnot. Man klagt und jammert in gewissen Kreisen über die in Aussicht stehende Zivileinquartierung. Da ist es gut, sich öfter zu vergegenwärtigen, welche Wohnungsnot auf der anderen Seite besteht, der durch die Zivileinquartierung begegnet werden soll. Dem Ausschuß für Wohnungsbeschaffung liegt die Klage eines ehemaligen Kriegsteilnehmers vor, der im Dezember aus dem Heere entlassen wurde und verheiratet ist. Er hat bisher in dem Vaterlande, daß er mit seinem Leben verteidigte, noch nicht ein eigenes Heim für seine Familie finden können. Die Familie hält sich bei der Schwiegermutter auf, die aber auch nur zwei kleine Räume zur Verfügung hat. Das Wohnungsamt hat dem Manne noch keine Wohnung beschaffen können. Im Dezember sieht seine Frau der Niederkunft entgegen. Daß die „Unbequemlichkeit" dieses Krieges für alle diejenigen, die draußen im Dreck und Schlamm gelegen haben, unvergleichlich größer ist, als wenn jemand genötigt wird, von vielleicht 15 Zimmern einige abzugeben, liegt auf der Hand. Hier gilt es ein Familienleben nicht nur zu erhalten, sondern es erst zu ermöglichen. Aehnliche Fälle sind in Danzig zahllos. Man möge sie sich vor Augen halten, wenn man sich mit Maßnahmen zur Abhilfe der Wohnungsnot beschäftigt.

Gerichtsecke.

Ein gelindes Urteil. Der Hotelbesitzer Johann Galicki in Oliva betrieb gewerbsmäßig den Schleichhandel mit Lebensmitteln. Es wurden bei ihm 95 Pfd. Schweinefleisch vorgefunden und beschlagnahmt. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels zu einer Woche Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe und Einziehung des Erlöses für das beschlagnahmte Fleisch.

„Fleischlose Tage. Der Restaurateur Hans Domke in Danzig verabreichte im Mai an einem fleischlosen Tage seinen Gästen Kalbfleisch. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 30 Mark Geldstrafe.

Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus. Der Kaufmann Paul Nachtigall in Danzig kaufte im Jahre 1916 einen Posten Kaffee und verkaufte ihn mit einem Aufschlage von 45% weiter. Er verdiente an dem Posten 6211 Mark. Es wurde gegen ihn Anklage wegen übermäßiger Preissteigerung erhoben. Vor dem Schöffengericht hatte er sich nun zu verantworten. Nach dem Gutachten des Kaufmanns Sommer als Sachverständigen würde der Aufschlag heute einen übermäßigen Gewinn darstellen, damals aber war er es nicht. Das Gericht erkannte auf Grund dieses Gutachtens auf Freisprechung.

Veranstaltungen.

Wilhelmtheater. Durch den Bußtag ist eine Spielplanänderung erforderlich geworden. Am Dienstag gibt es „Schwarzwaldmädel" und am Mittwoch „Drei alte Schachteln".

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Erneute Milchkürzung. Infolge des plötzlich eingetretenen Schneefalls ist keine Gewähr für ordnungsmäßige Milchanlieferung aus den Landgemeinden. Der Magistrat sieht sich deshalb gezwungen, eine vorläufige weitere Kürzung der Milchabgabe eintreten zu lassen. Es werden nur noch voll beliefert die Säuglingskarten und die A-Karte, gemäß Kürzung III. Sämtliche anderen Karten können nur noch aus den dann noch vorhandenen Mengen beliefert werden. Die Einschränkung wird voraussichtlich in einigen Tagen behoben sein.

Ausgabe der Fleischkarten. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekanntgemacht, daß die neuen Fleischkarten am Dienstag und Donerstag gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 189 und des Stammes der alten Fleischkarte verausgabt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Wertvolle Aufschlüsse über die Vorgänge im Baltikum und namentlich über die Entstehung der Verwicklungen, die uns jetzt in Ungelegenheiten bringen, bietet eine soeben bei Kaden u. Co. in Dresden erschienene Broschüre: „Aus der Werkstatt eines Soldatenrates", sein erfolgreiches Wirken für die Revolution, das Reich und den Sozialismus von Franz René Wohlgemuth, seinerzeit Landsturmmann in Mitau. Das 72 Seiten starke Büchlein im Zweifarbendruck recht geschmackvoll hergestellt, biete eine fesselnde Schilderung der Vorgänge im Baltikum bei und nach Ausbruch der Revolution, schildert die Fehler der verhängnisvollen Ostpolitik während des Krieges und ihre Wiedergutmachung durch das Wirken der Soldatenräte an der Ostfront. Ein kurzer Blick auf das Inhaltsverzeichnis zeigt die Vielseitigkeit des Werkchens:

Die Zensur gegen die Wahrheit — Freiheit auch für die Letten — Blindheit der Militärkaste — Befreiung der verhafteten Letten und deutschen Soldaten — Sünden des alten Regimes — Konflikt Offiziere — Kurzsichtigkeit der Kameraden — 60 000 Flaschen Wein im Offizierskasino — Offiziersschiebungen, irrsinnige Wirtschaft — Beseitigung der politischen Spitzelei — Gegen den Bureaukratismus — Verhaftung des Obersten von Knobelsdorf und des Soldatenrates — Maßnahmen zum Schutze der Kameraden und anderes mehr.

Die Broschüre mit wertvollen Dokumenten ausgestattet, dient zugleich dazu, das Bestreben der Reaktionäre zu kennzeichnen, die gelegentlichen Fehler und Sünden einiger weniger Soldatenräte allen zusammen in die Schuhe zu schieben. Sie weist nach, wie eine ganze Armee einzig und allein gerettet wurde durch das uneigennützige Arbeiten von Idealisten in den Soldatenräten und wie dem Reich viele Hunderte von Millionen-Werten durch die Soldatenräte gewonnen wurden. Von einer bisher nahezu unbekannten Seite lernt man hier die Wirksamkeit der Soldatenräte kennen und es lohnt sich sehr einen Blick zu tun in die Werkstatt eines Soldatenrates im Felde. Alle die Tausende die bei Ausbruch der Revolution als Mitglied eines Soldatenrates am Aufbau des neuen Deutschlands mitgeholfen haben, werden die lesenswerte Broschüre mit Nutzen und Interesse lesen. Der Preis von 3,50 Mk. ist in Anbetracht der guten Ausstattung und der Neuerung des Zweifarbendrucks ein recht mäßiger zu nennen. Zu haben ist das Buch in allen Volksbuchhandlungen und direkt beim Verlag Kaden u. Co., Dresden-A., Wettinerplatz 16.

Das Pferd als Steppentier. Neue Erklärungen mancher Eigentümlichkeiten des Pferdes. Von Dr. Th. Zell. Preis geh. 3,60 Mk., gebunden 4,80 Mk. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops, für Inserate Bruno Ewert. Verlag und Druck J. Gehl & Co., Danzig.

Theater und Konzerte.

Richard Wagner-Abend.

In der fast ausverkauften Sporthalle veranstaltete die Volkshochschule am Sonnabend einen Richard Wagner-Abend, dessen orchestrale Darbietungen wieder vom Stadttheaterorchester unter Führung von Kapellmeister Viktor Wolfgang Schwarz bestritten wurden unter Mitwirkung der hochdramatischen Sängerin unseres hiesigen Theaters, Olga Bisellih und des Heldentenors Fritz Stein. Diese „Wagner-Abende" werden wohl noch lange eine große Anziehungskraft auf das Publikum ausüben, denn auch die künstlerische Erziehung unseres Volkes macht nur sehr spärliche, zumal bei uns kaum wahrnehmbare Fortschritte. Meinen Standpunkt über Konzertveranstaltungen dieser Art habe ich an dieser Stelle schon gelegentlich eines vorjährigen gleichartigen Abends dargetan. Doch richten sich diese Konzerte ja an weniger fachlich geschulte Zuhörer und im Hinblick auf unsere gegenwärtig darniederliegende Oper sind die urdeutschen Wagnerschen Weisen wirkliche Erhebung und Erbauung, wenn sie auch ein leises Wehgefühl wecken an die „Ring"-Aufführungen unter Schwab und die Zeiten unter Selmar Meyrowitz.

Kapellmeister Schwarz hatte weniger oft gehörte Wagner-Bruchstücke für diesen Abend gewählt. In dem Programm befanden sich neben der in Vollendung zu Gehör gebrachten „Rienzi"-Ouvertüre das Vorspiel zum 3. Akt, Tanz der Lehrbuben und der Aufzug der Meister aus „Die Meistersinger von Nürnberg", der Einzug der Götter in Walhall aus „Rheingold" sowie das Waldweben aus „Siegfried".

Mit besonderer Erwartung ging man den solistischen Darbietungen Olga Bisellihs entgegen, der wir hier zum ersten Male im Konzertsaal begegneten. Gleich in der Senta-Ballade hatte man das Gefühl, daß sie auch auf diesem Boden durchaus sicher steht. Ihre absolute Vertrautheit und gründliche Durchdringung des Stoffes verbindet sie mit einem Glanz und einer Kraft der Stimme, die sich besonders im Schlußgesang der Brünhilde aus „Götterdämmerung" sieghaft aus den gewaltigen Orchesterwellen hervorzwang, sodaß ihr die tückische Sporthalle auch nicht die geringste Schwierigkeit machte. Das war einmal eine wirkliche Wagnersängerin, die mit höchster Stimmkultur ein strahlendes niemals versagendes Dreigestrichenes „c" zu bringen vermag. Neben ihr hatte Fritz Stein einen schweren Stand, den er aber in Ehren behauptete. Er sang in seiner bekannt zuverlässigen Art außer der Partie im Holländer-Duett noch die Romerzählung aus „Tannhäuser".

Die im allgemeinen mehr auf äußere Wirkung gestellten Orchesterdarbietungen packten durchweg und trugen dem Orchester und seinem Dirigenten starken ehrlichen Beifall ein. W. O.

Stadttheater.

Norma.

Im Stadttheater wurde gestern abend ein fast Vergessener aus der Versenkung geholt: Vincenzo Bellini (gest. 1835). Er gehörte jener italienischen Meisterschule an, die durch Jahrhunderte die Führung im europäischen Musikleben gehabt hatte, die alle Komponisten von Ruf aus sich hervorgehen sah und mit Rossini ihren letzten Großen begrub. Seit durch die endgültige Besiegung des rein Sinnlichen in der Musik und dem sich daraus ergebenden klassischen Festhalten an der „süßen Melodie" um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein Wandel eintrat, und die solange von Italien und Paris geknechtete deutsche Oper sich, wenn auch mühsam — man denke dabei nur an den ringenden Weber, — in den Vordergrund schob, begann der Stern der Italiener wenigstens in den nordischen Ländern zu verbleichen. Nicht eben rasch. Schumann und Mendelssohn litten ihr ganzes Leben unter dem Alb der „Fremden" und noch unser Wagner mußte den Weg zu seinen deutschen Brüdern über Paris machen.

Neben seinen Zeitgenossen nimmt sich das Lebensbild des jung gestorbenen Bellini — er wurde kaum 34 Jahre alt — sehr sympathisch aus. Er übernahm das musikalische Erbe Rossinis, ohne indes dessen Ruhm und Erfolg zu ernten. Von den sechs Opern Bellinis hat sich nur „Norma", das Trauerspiel einer enttäuschten Liebe, längere Zeit in Deutschland gehalten. Nun erscheint das liebenswürdige Werk (zuletzt in Danzig mit der Sedlmaier) vor uns in einem modernisierten Gewande, das ihr Felix Mottl, der nun auch verblichene hochverdiente Musiker und Theaterfachmann gab, dem wir schon eine ganze Reihe halb verschollener aber immer noch recht gern gehörter Bühnenwerke älterer in zeitgemäß zurecht gemachter Form danken. Der Theaterzettel sagt darüber, daß Mottl in München Ende 1910 die „Norma"-Partitur sowie die textliche Uebersetzung revidiert und mehrfach verbessert und die Rezitative knapper gefaßt habe. Doch bei aller hohen Anerkennung, die man der Direktion des Theaters für die Wiederaufführung der Oper zollen muß, darf nicht verschwiegen werden, daß uns Bellini auch in dem sauber ausgeklopften und zugestutzten Kleide nichts mehr zu sagen hat. Er gehört einmal endgültig der Historie an, und die vielfach hübschen, sich einschmeichelnden Melodien allein vermögen Totes nicht zum Leben zu erwecken. Eine Wiederbelebung des Musikdramas mag aber die Sache einer großen, bemittelten Bühne sein, die vor allem Gesangskräfte herauszustellen vermag, die den „bel canto" beherrschen.

Kapellmeister Dr. Heß, der die Aufführung musikalisch leitete, ließ fast völlig jenes Glutentemperament vermissen, mit dem die „Norma" auch heute noch starke Wirkungen auslösen kann. Selbst die hübsche Ouvertüre blieb matt und farblos. In ähnlicher Weise gerieten auch die Rezitative viel zu kalt, gedehnt und schulmäßig. So trug die ganze Aufführung den Stempel des Norddeutschen. Damit ist auch gleichzeitig das Urteil für die Gesangsleistungen gegeben. Mit der Titelrolle fand sich Olga Bisellih trotz einer empfindlichen Indisposition, noch am besten ab. Den Severus sang Fritz Stein mit Mark und oft schöner Kantilene, und auch die Adalgisa der Paula Enders erfreute durch ihre angenehmen stimmlichen Mittel. Die italienischen Rezitative blieben allen dreien ungelöste Aufgaben. Um die kleinen Rollen des Druidenführers, der Clotilde und des Flavius waren Paul Sechbach, Thekla Ostertag und Rudolf Kaminski je nach ihrem Vermögen mit bestem Gelingen bemüht. Einen schönen Erfolg hatte der Spielordner Eugen Mehler zu verzeichnen, der das Szenische fest zusammenhielt und namentlich im 1. Akt mit Massen und Beleuchtung geschickt und wirksam zu arbeiten verstand. Das wieder fast ausverkaufte Haus zollte nach jedem Akt reichen Beifall. W. O.

Romeo und Julia.

Es ist an dieser Stelle genügsam gesagt, daß bei der technischen Unvollkommenheit unserer Stadttheaterbühne eine Klassikervorstellung nicht klassisch aussehen kann. Dennoch ist es bei der Aufführung des Romeo gelungen, auch ein Bühnenbild zu schaffen, das den Anforderungen Ihm an die Wesentliches näher kam als bei anderen Gelegenheiten. Die erhöhte Hinterbühne war immer mit Sorgfalt gestellt.

Unter der Spielleitung des Emil Marx rundete sich die Zerrissenheit dieses Shakespeare zu einer schönen Einheitlichkeit. Anton Neuhaus spielte den Romeo. Ungebändigt und wild. Seine Schreie der Liebe waren so tierisch wahr, daß sie wirkten wie das Brüllen des brünstigen Hirsches. Man war versucht, die Schlacken, die dieser Menschgestalt anhafteten als lauteres Gold zu nehmen. Und die Julia Adele Creutznachs. Sie riß an den Herzen, daß ihr Schmerz in uns ein bitteres Wehgefühl auslöste. Eine Heilige. Es gab noch viele Gute. Doch seien aus den Vielen nur noch die Markantesten herausgehoben: Walter Jung der war, als ob er zwei Eisen aufeinander schlüge. Karl Brückel, durch dessen Bruders Lorenzo ein sanftes Feuer wehte, an dem man warm wurde. Karl Kliemer in seiner Gereiztheit, die aus jeder Fingerspitze sprach. Gustav Nord, der den goldhumorigen Apotheker trefflich skizzierte. Und endlich Jenny v. Weber. Ihre Amme war kindlich, und hündisch treu zugleich. Ein Ausschnitt aus dem Leben. Daneben griff nur Molly Stollberg, die nicht überzeugen konnte, da sie deklamierte.

Aus den Ostprovinzen.

Marienwerder. Die Revolutionsfeier der mehrheitssozialistischen Partei wurde am vergangenen Sonntag im Neuen Schützenhause festlich begangen. Bis auf den letzten Platz füllten die Anhänger unserer Partei, sowie viele Bürgerliche, den großen Saal, während Hunderte umkehren mußten. Der Parteivorsitzende, Genosse Bochecker eröffnete um 5 Uhr nachmittags die Feier, begrüßte die Erschienenen, wies auf die Bedeutung des Tages hin und trug sodann einen Prolog des bekannten Arbeiterdichters Karl Bröger „Aufbruch" vor. Die hierauf folgende Festrede hielt an Stelle des Parteisekretärs Krüger-Danzig, der durch die Eisenbahnverhältnisse am Erscheinen verhindert war, Genosse Stolt-Marienwerder. In seiner einstündigen Rede schilderte er die geschichtliche Entwicklung der Revolution vom Beginn des militärischen Zusammenbruchs bis zum 9. November. Entgegengesetzt den Behauptungen der Parteigegner, daß die Revolution gemacht sei, wies er auf die unerträglichen Verhältnisse, die sich während des Krieges an den Fronten und in der Heimat durch die Schuld der alten Machthaber entwickelt hatten, hin und kam zu dem Schluß, daß Revolutionen nie gemacht werden konnten, sondern immer gehe einer Staatsumwälzung eine gewisse Periode der Entwicklung voraus. Er wies auf den Bruderzwist in der Arbeiterbewegung mit den unseligen Straßenkämpfen hin, forderte zur Einigkeit und Mitarbeit auf, damit unser Vaterland bald wieder auf derselben Höhe stehen möge, wie vor dem Kriege. Das Andenken des verstorbenen Abg. Haase ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Zum Schluß seiner Rede forderte der Redner die Anwesenden auf, die Regierung nach allen Kräften zu stützen und mit dazu beizutragen, durch die Demokratie zum Sozialismus zu gelangen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Es folgten musikalische Darbietungen der Kapelle der Unteroffizierschule. Um 7 Uhr erfolgte die Aufführung der Operette „[illegible]" durch die hiesige Theatergesellschaft. Hierauf wurde die Feier durch den Parteivorsitzenden Genossen Bochecker geschlossen mit dem Hinweis darauf, die Reihen unserer Partei zu stärken, damit wir in der kommenden Gemeindewahlen erfolgreich [illegible] Der verstorbene Referent [illegible] der hiesigen Arbeiterschaft nicht unbekannt. Am 6. Oktober [illegible] in Marienwerder der Parteitag der westpreußischen Sozialdemokratie und hier hielt Hugo Haase das Referat, eine seiner bekanntesten Reden, die sich stets durch Ueberzeugungstreue und tiefstes Eindringen in das Wesen des Sozialismus auszeichneten.

* **Freystadt.** Die ersten weiblichen Kräfte sind in den Frauen des Fleischermeisters König und des Kaufmanns Dittmann gemäß Stadtverordnetenbeschluß als Mitglieder der Armenkommission in die städtische Verwaltung eingezogen.

Einen herben Verlust erlitt der Domänenpächter Albermann in Eigenwill bei Freystadt. Des Nachts schlichen sich die beiden bissigen Hofhunde, welche nach Toresschluß auf dem Hofe freigelassen werden, in den wohl nicht gutverschlossenen Schafstall und zerrissen von 25 Tieren 11 Stück dermaßen, daß die Tiere geschlachtet werden mußten.

Königsberg. Hier wurde am Freitag in einem Kaffee ein anscheinend internationaler Hochstapler, der in Danzig 300 000 Mk. gestohlen hatte, verhaftet. Der Mann, der sich Dr. Newborgh aus Newyork nannte, hatte in Bromberg auf einer Reise den Generaldirektor der polnischen Kommissionsbank und den Prokuristen derselben Bankmann, die in Danzig, Pfefferstadt, ihren Sitz hat, kennen gelernt. In Danzig quartierte er sich mit letzterem im Hotel Continental ein, und zwar am 18. November abends. Am nächsten Morgen nahm er die Aktentasche, in der der Prokurist die Summe von 300 000 Mark bei sich führte, zog den wertvollen Pelz dieses Herrn an und verschwand aus dem Hotel, dann mietete er sich eine Autodroschke und fuhr mit dieser nach Königsberg. Von Danzig nahm der bestohlene Prokurist im Verein mit Kriminalbeamten sofort die Verfolgung des Diebes auf, der dann durch die Königsberger Kriminalpolizei in dem Kaffee festgenommen werden konnte. In seinem Besitz fand man noch 295 000 Mk., das übrige Geld hat er für die Autofahrt und für Neuanschaffungen ausgegeben. — Der Stuart Webbsfall hat folgerichtig geendet.

Sport.

Zusammenschluß von Sportvereinen. Dem Verein für Leibesübungen von 1862 E.V., der durch Zusammenschluß des ehemaligen Männer-Turnvereins von 1862 und des Ballspiel- und Eislauf-Vereins entstanden ist, trat in diesen Tagen der hiesige Athletenklub „Gigantea" bei. Die neue Vereinigung nimmt damit neben den in ihr bereits vertretenen Leibesübungen, Turnen, Fußball, Leichtathletik, Hockey, Turnspiele und Frauen-Abteilung auch die **Schwerathletik** (Ringen, Boxen, Gewichtheben) in ihr Programm auf. Die neu begründete Abteilung für Schwerathletik wird, da sie sich auf die bewährten Kräfte des Athletenklubs „Gigantea" stützt, der auf seinem Sportgebiet einer der führenden Vereine Danzigs ist und eine Anzahl ausgezeichneter Schwerathleten herausgebracht hat, gute sportliche Traditionen fortsetzen. Die Uebungszeiten für Schwerathletik sind Dienstag und Freitag in der Turnhalle Kehrwiedergasse. Der Verein für Leibesübungen, der auf seinen einzelnen Gebieten durch seine Leistungen bekannt geworden ist, stellt mit seinen rund 800 angeschlossenen Mitgliedern jetzt die größte Turnsport-Vereinigung im Osten dar. Ihm schlossen sich die beiden V. C.-Turnerschaften Hansea und Brunonia an der hiesigen Technischen Hochschule korporativ an. Durch Begründung einer **Schwimmabteilung**, die in diesen Tagen erfolgt und im Frühjahr ihre sportliche Tätigkeit aufnimmt, wird die Vereinsarbeit noch vielseitiger gestaltet werden. Nachdem in den letzten Wochen auf dem **Vereinsspielplatz** am Posadowskyweg ein Umkleidehaus mit den erforderlichen Räumen und Duschanlagen für Herren und Damen errichtet worden ist, wird dieser Platz Ende November in Benutzung genommen werden können und die Grundlage für den starken Vereins-Sportbetrieb bilden.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück in der Mark.

Sonntag nacht 1 Uhr 10 Minuten fuhr eine von Wriezen nach Frankfurt fahrende Lokomotive bei Kilometer 81,0 zwischen den Stationen Thöringswerder und Neu-Trebbin auf den von Neu-Trebbin kommenden Güterzug 9552 infolge Ueberfahrens des auf Bahnhof Thöringswerder Halt zeigenden Ausfahrtssignal auf. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt, diese sowie über 10 Wagen, die hierbei in Brand gerieten, entgleisten. Sechs Zugbeamte wurden verletzt, darunter drei erheblich. Die Strecke ist voraussichtlich zwei Tage für den Güterverkehr gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Verletzten sind im Krankenhaus zu Wriezen untergebracht. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das III. Vierteljahr (Oktober, November, Dezember 1919) **sind bis zum 21. November ds. Js.** an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Die Einzahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Absenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 21. November ds. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mit [illegible] sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899. Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich 8 [illegible] bis 1 Uhr vormittags.

Danzig, den 10. November 1919. (6837

Die Städtische Steuerkasse

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Die [illegible] auf dem etwa 4,7 ha großen, zwischen [illegible] und [illegible] belegenen, der Stadtgemeinde Danzig gehörigen Gut [illegible] soll vom 1. Februar 1920 auf 3 Jahre bis 1. Februar 1923 verpachtet werden. Termin zur Abgabe von Pachtgeboten ist auf **Montag, den 24. November, vormittags 11 Uhr, im weißen Saale des Rathauses hierselbst** anberaumt. Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gemacht, können aber auch vorher in unserem [illegible] Geschäftsstelle Jopengasse 38 [illegible] eingesehen werden.

Danzig, den [illegible] November 1919. (6835

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Ausgabe der Fleischkarten und Ausschließung von Fleischern vom Fleischverkauf.

Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 6. Juni 1917 machen wir bekannt:

1. Die neuen Fleischkarten werden an die Haushaltungen am Dienstag, den 18. und Donnerstag, den 20. November gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 139 und des Stammes der alten Fleischkarte bei den Fleischverkäufern ausgegeben, in deren Kundenlisten die Haushaltungen sich haben eintragen lassen. (6836

2. An den vorgenannten Tagen sind die Fleischverkaufsstellen wie an den Fleischverkaufstagen den ganzen Tag geöffnet zu halten. Die Ausgabetage sind innezuhalten, da die Fleischverkäufer an anderen Tagen zur Ausgabe nicht verpflichtet sind.

3. Die Fleischverkäufer haben die vereinnahmten Hauptmarken Nr. 139 sowie die Stämme der vereinnahmten Fleischkarten ordnungsmäßig verpackt und abgezählt in der Zeit von Donnerstag, den 27. November bis Montag, den 1. Dezember, der Nahrungsmittelstelle, Pfefferstadt 33/35, Vordergebäude 1 Tr. im Saal, Stelle 11 einzureichen. Bis zum 1. Dezember, mittags 2 Uhr, müssen sämtliche Abrechnungen eingereicht sein. Vor dem 27. November eingereichte Abrechnungen können nur dann abgenommen werden, wenn alle Kunden des betreffenden Fleischverkäufers ihre Karten abgeholt haben.

4. Nach Anhörung des zuständigen Ausschusses der städt. Preisprüfungsstelle sind die Fleischer

Franz Magnus, Langfuhr, Hauptstr. 54

Felix Magnus, Langfuhr, Hennigstr. 16

bis auf weiteres vom Fleischverkauf ausgeschlossen worden. **Die dort angemeldeten Kunden werden** hierdurch aufgefordert, sich beim Umtausch der neuen Fleischkarten bei einem anderen Fleischer mit weniger als 2000 eingetragenen Kunden anzumelden und dort bereits die neuen Fleischkarten zu entnehmen.

Das Geschäft von Felix Thomas, Hennigstraße 16 ist an den Fleischer **Georg Redberg** übernommen. [illegible] Kunden [illegible] Geschäft [illegible] nicht [illegible].

Danzig, den 17. November 1919.

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Ehemalige Kriegsgefangene!

In der [illegible]-Abteilung des Reichswehr-Ministeriums (Kriegs-Ministerium) für zurückgekehrte Kriegsgefangene geht täglich eine große Menge von Anfragen und Gesuchen ein. Die meisten dieser Schreiben sind für das Reichswehr-Ministerium garnicht zuständig oder können ohne weiteres nicht bearbeitet werden, da erforderliche Unterlagen, Personalangaben oder dergleichen fehlen. Die unmittelbar an das Reichswehr-Ministerium (Kriegs-Ministerium) gerichteten Schreiben haben also nur eine Verzögerung in ihrer Erledigung zur Folge.

Am [illegible] werden [illegible] militärischer Belange durch die Versorgungsstelle (Bezirkskommando) erledigt, bei der eine besondere Abteilung für die Bearbeitung von Kriegsgefangenenangelegenheiten eingerichtet ist. Es liegt im Interesse der Heimkehrenden, ihre Gesuche, die verschiedene Gebiete betreffen, getrennt voneinander in besonderen Eingaben einzureichen, da auf diese Weise eine schnellere Erledigung ermöglicht wird. Alle Anfragen müssen (zur Vermeidung von Rückfragen und dadurch entstehender Verzögerung) enthalten:

a) Vor- und Zuname, Dienstgrad, Geburtstag und -Ort,
b) Heimatadresse des Anfragenden,
c) Truppenteil (Komp., Regt. oder dergl.) bei der Gefangennahme,
d) Tag der Gefangennahme,
e) Nummer des Gefangenenlagers,
f) Name des Gefangenenlagers.

Versorgungsstelle Danzig

Bezirks-Kommando

[illegible], Oberst z. D. (6784

Es wird daran erinnert, daß die Wassermesser rechtzeitig **vor Frost zu schützen sind.** Nach § 3 Abs. 6 der Wasserabgabebestimmungen vom 27. 3. 1918 fallen die durch Einfrieren der Wassermesser entstehenden hohen Ausbesserungskosten dem Hauseigentümer zur Last.

Danzig, den 14. November 1919. (6837

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Stadttheater Danzig.

Direktion: **Rudolf Schaper.**

Montag, den 17. November 1919, abends 6 Uhr

Dauerkarten E I.

Zigeunerliebe

Romantische Operette in 3 Akten von Franz Lehar.

Dienstag den 18. November 1919, abends 6 Uhr

Dauerkarten A II.

Die Wildente

Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat **Hugo Meyer.**
Bühnenleitung **Willy Koßmann.**

Montag, den 17. November, abends 6½ Uhr:

Bruder Leichtsinn.

Operette in 3 Akten von Leo Ascher.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langermarkt 23.
Sonntag von 10—3 Uhr an der Theaterkasse.

Vorverkauf benutzen!

Trägerinnen

für innere Stadt

sucht

Volkswacht

Am Spendhaus Nr. 6.

Zuverlässiger

Zeitungsbote od. Botin

für Langfuhr gesucht.

Meldungen bei **O. Steinbeiss,** Langfuhr, Mirchauerweg Nr. 12.

Geschlechtsleiden.

[illegible] Broschüre über **Syphilis u. Harnröhrenleiden,** ohne schnelle, gründl. u. dauernde Heilung ohne Quecksilber u. Salvarsan, ohne Berufsstörung u. sonst. Nachkrankh. eines neuen Heilverfahrens. Jeder, der obige Erkrankungen beseitigen u. sich vor jahrelang. Siechtum schützen will, **bestelle noch heute** diese Schrift, 116 Seiten. Preis Mk. 4.—, Porto u. Nachn. extra, in verschl. Umschlag. **Lütegia-Verlag, Cassel 225.** (57

Transmission

Transmissionswelle 45 mm, [illegible] m lang [illegible] Scheibe 45 [illegible]
verkauft einzeln oder im ganzen

Volkswacht, Am Spendhaus 6.

Gute Pflegestellen

in Familien für Säuglinge werden von uns gegen angemessene Vergütung gesucht. Meldungen sind beim Jugendamt, Holzmarkt 24, anzubringen.

Jugendamt. (6782

Kaufmännische Privatschule (†

OttoSiede-Danzig

Inhaber u. langj. Leiter: **Alfred Siede.**
Holzmarkt 25 26 Ecke Breitgasse. Fernspr. 2653

Ausbildung [illegible] **Damen** und **Herren** in **Buchführung und Kontor-Arbeiten.**

[illegible] Auskunft u. Lehrplan kostenlos.

Bau- und Schlosserarbeiten

werden prompt und sauber ausgeführt

Bau- und Kunstschlosserei Langgarten 62.

Daselbst sind 5 Müllkasten, ein kompletter Koksofen und eiserne Bettstellen zu verkaufen. (6784

Echt. Schnupftabak

Kachelarbeit,

Reiner Rauchtabak

Übersee, Pfd. Mk. 24.—,

Echt dän. Kautabak

Original-Päckchen,

Preisw. Zigaretten

f. Gastw. u. Selbstverbrauch.

Zigarren-Geschäft

Eduard Stahl

Im Häkertor. (6739

Sie kaufen vorteilhaft!

Verlangen Sie sof. Muster franko gegen franko.
Kostümstoffe, meliert, 130 cm breit 23.— Mk.,
Mantelstoffe, 140 cm breit, 24.50 Mk., Reinwollene Kostümstoffe, 130 cm breit, 59.— Mk. Billige Bezugsquelle für Schneiderinnen
Versand unter Wert per Nachnahme portofrei.
Textilwar.-Versand A. Voigt, **Leipzig, Neumarkt 20 22.**

Interessante Bücher!

Geschäftsbriefsteller	M. 2.50
Liebesbriefsteller	„ 2.50
Großes Traumbuch	„ 2.50
Tanzlehrbuch	„ 2.50
2092 Liederverse	„ 1.50
Schnadahüpfln	„ 1.—
Witze zum Totlachen	„ 1.50
Großes Kochbuch	„ 2.50
Großes Rätselbuch	„ 1.50
Hochzeitsgedichte	„ 2.50
Hausdoktor	„ 2.50
Haustierarzt	„ 2.50

Verlag Johanna Stapp, München, Hohenzollernstraße 77. (5010

Ein neuer, warmer **Wintermantel, Pr. M. 70,** zu verkaufen. **Schulz,** Röthlerg. 1, 3 Tr. Besicht. 4—7 Uhr Nachmittag. (†

1 Kindersportwagen

und ein neuer **Baby-Korb** zu verkaufen (6018
Steinschleuse 4, 1 Tr. rechts.

Hautjucken-Krätze

sichere u. schnelle Hilfe durch

Biltz Verusalbe

Dose Mk. 3,50.
Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6021

In Kochtöpfe

werden billig neue Böden eingesetzt. (†

R. Guttermann,

Katergasse 4.5.

[illegible] **Loeffke,** [illegible]

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle [illegible]
[illegible]

U. T.

Lichtspiele
[illegible]
Ab Freitag
d. 14. November
[illegible]
„Vendetta"
Blutrache.
[illegible]
Pola Negri
Harry Liedtke
Emil Jannings
[illegible]
Emil Jannings
[illegible]
Erika [illegible]

Bibliothek

[illegible]
Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften unentgeltlicher Benutzung empfohlen
[illegible]

Jede Uhr

[illegible] repariert
W. Garske, Uhrmacher
[illegible]